

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Direkt-Prämienkonto:  
 Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit Illustration Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Belegungs-  
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Erstat für die schlagfertige Kolon-  
 niste vorer ersten Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.  
 Anzeigenspreiser: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. **Mittwoch, den 21. Februar 1900.** Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Konsumvereine und Warenhaussteuer in Preußen.

Die Agitation für eine Umsatzsteuer kehrte sich in Sachsen bekanntlich in erster Linie auch gegen das „Konsumvereins-Untersuchen“ — wie die eigenen Worte des Antragstellers im sächsischen Landtag, des Abgeordneten Räder, lauteten.  
 Die preussische Vorlage ist zwar in der Begründung nach Riquelscher Art voll von liberaler Anerkennung für die Bedeutung der Vereins- und Genossenschaftstätigkeit in der Konsumantenversorgung, und sie nennt sich auch lediglich einen Gesetzentwurf betreffend die Besteuerung der „Warenhäuser“. In Wirklichkeit jedoch holt auch sie zu einem heimtücklichen Schlage gegen die Konsumvereine aus.  
 Grundlegend für deren zukünftige Behandlung würde hier die Bestimmung des § 1 sein, daß „Vereine, eingetragene Genossenschaften und Korporationen, welche nach § 5 des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1891 der Gewerbesteuer nicht unterworfen sind, auch der Warenhaussteuer nicht unterliegen“ — oder mit anderen Worten, daß alle bereits gewerbesteuerpflichtigen Genossenschaften auch der Warenhaussteuer nicht entzogen werden können, sobald ihr Jahresumsatz die gezogene Untergrenze von 500 000 M. überschreitet (Zusätze werden dabei zusammengeworfen).  
 Nun lautet aber § 5 des Gewerbesteuer-Gesetzes in Absatz 1 und 2:

„Der Gewerbesteuer sind nicht unterworfen: Vereine, eingetragene Genossenschaften und Korporationen, welche nur die eigenen Bedürfnisse ihrer Mitglieder an Geld, Lebensmitteln und anderen Gegenständen zu beschaffen bezwecken, wenn sie sachgemäß und tatsächlich ihren Verkehr auf ihre Mitglieder beschränken und keinen Gewinn unter die Mitglieder verteilen, auch eine Verteilung des aus dem Gewinne angefallenen Vermögens unter die Mitglieder für den Fall der Auflösung ausschließen.“  
 Konsumvereine mit offenem Laden unterliegen der Besteuerung; ebenso unter derselben Voraussetzung Konsumanstalten, welche von gewerblichen Unternehmern im Nebenbetriebe unterhalten werden.“

Die Motive der Umsatzsteuer-Vorlage gestehen selber zu, daß größere Konsumvereine „im allgemeinen“ offene Läden halten müssen; auch die geforderte Mitgliedslegitimation des bereits eingetretenen Kaufstügens schließt den Begriff des „offenen“ Ladens nicht aus. Damit sind also fast alle Konsumvereine, wie bisher als gewerbesteuerpflichtig, so in Zukunft als umsatzsteuerpflichtig ausdrücklich hingestellt, trotz aller schönen Redewendungen über die weniger leistungsfähigen Bevölkerungsschichten, „für deren Lebenshaltung es von nicht geringer Bedeutung ist, ob sie ihre Bedürfnisse an Lebensmitteln, Kleidung, Hausrat usw. etwas billiger oder teurer befriedigen können“.  
 Die vollständige Rückwärtschwenkung, die Herr v. Riquel hier in gewohnter Beweglichkeit vollzogen hat, tritt schlagend hervor, wenn man den ebenfalls Riquelschen Gewerbesteuer-Entwurf von 1890 zum Vergleich heranzieht. Hier wird in den Motiven des längeren dargelegt, daß Kredit-, Konsum- und sonstige Vereine, welche lediglich die leichte und billige Beschaffung des Bedarfs ihrer Mitglieder an Geld, Lebensmitteln usw. bewirken, „Nichtmitgliedern aber überhaupt keine Vorteile zuwenden, überhaupt keine Erwerbszwecke verfolgen und deshalb für gewerbliche Unternehmungen im streu erlichen Sinne nicht zu erachten sind.“ Hier könne es gar keinem Bedenken unterliegen, die Steuerfreiheit bestimmt, im Gesetz selber, auszusprechen. Dann heißt es in den Motiven von 1890 wörtlich weiter:

„Für alle Kredit-, Konsum- und sonstigen Vereine, welche den vorbezeichneten Voraussetzungen nicht entsprechen, soll die Steuerpflichtigkeit eintreten, da die Verfolgung von Erwerbszwecken und hiermit der gewerbliche Charakter außer Frage gestellt ist. Insbesondere gilt dies von allen Konsumvereinen mit offenem Laden. Bei diesen ist nach den gemachten Erfahrungen die tatsächliche Beschränkung des Geschäftsverkehrs auf die Mitglieder selbst dann nicht gesichert, wenn eine solche Beschränkung in den Statuten vorgeschrieben ist. Im Absatz 2 ist deshalb, um jede hieraus entnommene Einwendung auszuschließen, die Steuerpflicht der Konsumvereine mit offenem Laden ausgesprochen.“

Hier wird also die Steuerpflicht der Vereine mit offenem Laden nur daraus hergeleitet und damit beschönigt, daß ihre Tätigkeit meist über den Kreis ihrer wirklichen Mitglieder hinausgreife, daß sie zu gewöhnlichen, allgemein zugänglichen Ladengeschäften würden und dadurch ihr sonst anerkanntes Recht auf Steuerfreiheit verlieren. Das mag schon 1890 ein Vorurteil und eine Härte gegen viele Konsumvereine gewesen sein. Seitdem ist jedoch in Deutschland vieles anders geworden, um die „vorbezeichneten Voraussetzungen“ der Steuerfreiheit zu „sichern“. Unter dem 12. August 1896 ist bekanntlich eine Novelle zum Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschafts-Gesetz ergangen, welche gleich damit beginnt, daß Konsumvereine Waren „nur an ihre Mitglieder“ oder deren Vertreter verkaufen dürfen. Dann bestimmt ein neuer § 20a, daß für Konsumvereine mit offenem Laden bestimmte Legitimationen der Vereinsmitglieder den Lagerhaltern gegenüber zu schaffen sind; im Notfall ist der Vereinsvorstand zum Erlaß solcher „Sicherungen“ durch Strafe zu zwingen. Verkäufer des Vereins, welche wissenschaftlich oder leichtfertig „an andere Personen als an Mitglieder oder deren Vertreter verkaufen“, werden nach § 145a mit Geldstrafe bis zu 150 M. bestraft. Gleiche Strafe trifft das Mitglied, welches seine Legitimation, durch die allein es

zum Warenkauf in einem Konsumverein berechtigt wird, einem Dritten zum Zwecke unbefugter Warenentnahme überläßt. Sogar das Mitglied, das häufiger Waren weiter gibt, die es lediglich auf Grund seiner Vereinsmitgliedschaft bezogen hat, verfällt den Strafen dieses Gesetzes.  
 Nach ihrem Standpunkte von 1890 hätte die preussische Finanzverwaltung nunmehr schließen müssen: daß die Konsumvereine, auch wenn sie offene Läden unterhalten, in Zukunft von der Gewerbesteuer befreit werden müßten, da sie von dem Verdacht, auch an Nichtmitglieder zu verkaufen, hinlänglich gereinigt sind. Statt dessen hält Herr Riquel an dem, auf völlig überwundenen Voraussetzungen ruhenden, formellen Besteuerungsrecht von 1890 fest. Ja, anstatt die Gewerbesteuer des Konsumvereins aufzuheben, pflöpft er auf dieselbe noch die neue Warenhaussteuer mit ihrer, auch nach der ehemaligen Regierungsanschauung widersinnigen Berechnung nach dem Umsatz!  
 Es sind also leere Verströbungen, wenn die Regierung sich verwahrt gegen eine „Verfolgung reichsgesetzlich zu Recht bestehender und geschützter Vereinigungen, die weder zulässig noch politisch ratsam wäre“, und wenn sie gar von den „socialpolitisch bedenklichen Folgen“ eines solchen Vorgehens spricht und dann fortfährt:

„Man darf nicht vergessen, daß die große Mehrzahl der Mitglieder der Konsumvereine den minder bemittelten, jedenfalls nicht den leistungsfähigsten Bevölkerungsschichten angehören, für deren Lebenshaltung es von nicht geringer Bedeutung ist, ob sie ihre Bedürfnisse an Lebensmitteln, Kleidung, Hausrat usw. etwas billiger oder teurer befriedigen können. Ihnen die Möglichkeit billiger Beschaffung der Lebensbedürfnisse durch eine Steuer, die gerade die reichsten, durch ihre Mittel der Notwendigkeit solcher Maßnahmen überhöhen Kreise am wenigsten berührt, zu verschärfen oder zu erschweren, wäre im Staatsinteresse nicht zu rechtfertigen.“

Ist das richtig, dann würde Herr v. Riquel gut thun, den Entwurf zu rechter Zeit zurückzuziehen. Aber daran ist nicht zu denken. Die heutige preussische Regierung braucht die lärmenden und drohenden Wählermassen des wirtschaftlich reaktionären Mittelstandes, und sie war jederzeit ohne Bedenken bereit, die Interessen der ärmsten, vor allem der lohnarbeitenden Bevölkerungsschichten den Lädenzinstitern zu opfern.

Die preussische Vorlage bedeutet für ein ganzes Land denselben empörenden Rückschritt, den in Sachsen bisher immer erst einzelne Gemeinden vollzogen haben. Preußen hat eben nicht umsonst einen liberalen Finanzminister an der Spitze.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Februar.

**Das preussische Abgeordnetenhaus**  
 setzte Dienstag die erste Lesung der Schundärbahn-Vorlage fort. Die Beratungen, die im Schundärbahn-Tempo verlaufen, kamen nicht zum Abschluß, sondern müssen noch Mittwoch weitergeführt werden. Außerdem steht die Vorlage über die Weichselregulierung auf der Tagesordnung.

**Ein militärisch boykotierter Flottenverein.**  
 Dem neugegründeten Flottenverein zu Straßburg i. E., dessen Protektor, Statthalter Fürst Hohenlohe-Langenburg, vom Kaiser kürzlich mit einem in so außerordentlich herzlichen Ausdrücken gehaltenen Dankestelegramm für die in der Hauptstadt des Reichslandes erfolgte Flottengründung beehrt wurde, ist, wie uns aus dem Elsaß berichtet wird, von militärischer Seite ein böses Mißgeschick widerfahren. Der kommandierende General des XV. Armeekorps, dessen Sitz Straßburg ist, hat den sämtlichen Offizieren, Sanitäts-offizieren und Militärbeamten den Eintritt in den Verein verboten. Angesichts der Thatsache, daß nahezu die Hälfte des nunmehr boykotierten Flottenvereins aus Angehörigen der Armee bestand — die andre Hälfte setzt sich aus Civilbeamten zusammen — begreifen wir den Schmerz der marinebegeisterten Presse, die, wie z. B. der Stuttgarter „Schwäbische Merkur“, über das Verbot des Generals von Meerfeldt's Hällessem Thränen nationaler Trauer vergießt.

Die Flottenvereinigungen sind ohne jeden Zweifel Vereine politischen Charakters, denen aktive Militärpersonen belamlich nicht angehören dürfen. Es ist anerkennenswert, daß im Bereich des XV. Armeekorps die gesetzlichen Bestimmungen geachtet werden.

### Gewerkschaftsfragen.

In der „Socialen Prolog“ berichtet Genosse Brühns über vier Vorträge, die Herr Professor Sombart in Breslau der Geschichte und Theorie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gewidmet hat. Man muß dem Genossen Brühns danken, daß er diese Vorträge zu allgemeinerer Kenntnis gebracht hat. In neun Zehnteln enthalten sie zwar allbekannte Dinge, die man gründlicher und schlüssiger in den, vor dreißig Jahren erschienenen, „Arbeitergilden“ Brentanos liest, aber das letzte Zehntel ist allerdings kostbares Originalgewächs.  
 So sagt Herr Sombart: „Mit Unrecht ist den socialdemokratischen Führern der Vorwurf gemacht worden, daß sie von der Gewerkschaftsbewegung nichts wissen wollen. Aber sie waren ganz im Sinne von Marx immer nur für die Gewerkschaftsbewegung als Mittel zum Zweck, im höheren Dienste der politischen Bestrebungen. Ein orthodoxer Marxist muß freilich so denken, denn wer alles von der völligen Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse erwartet, kann die Gewerkschaftsbewegung nicht als Selbstzweck behandeln. Die erste Aufgabe der Gewerkschaften in

den letzten Jahren hat denn auch ihre Ursache in der Emanzipation der Gewerkschaftsbewegung von der Vormundhaft der socialdemokratischen Partei.“ Man traut seinen Augen nicht, wenn man diese Geschichtskonstruktionen des Herrn Sombart liest. Jedoch — entwirren wir in möglicher Kürze den Weichselkopf von Schiefheiten und Unwahrscheinlichkeiten.

In der bald vierzigjährigen Geschichte der deutschen Socialdemokratie giebt es eine Periode von wenigen Jahren, in der ein Teil der Partei allerdings die gewerkschaftliche der politischen Bewegung unterordnete. Das war aber nie der „Sinn von Marx“, sondern der Sinn Schweigers, der, ein geschickter Kopf wie er sonst war, in diesem Punkt gründlich irrte. Aber selbst unter den Lassalleanern, an deren Spitze er stand, erhob sich bald ein lebhafter Widerstand gegen seinen Irrtum; sie stellten tüchtige Gewerkschaftsmänner, wie die beiden Kapells, Grottkan und andre, und im übrigen gehörte der Irrtum Schweigers zu den wesentlichsten Differenzpunkten zwischen ihm und Bebel-Liebnecht, zwischen den Lassalleanern und den Eigenachern. Mindestens aber seit dem Gothaer Einigungslongroh von 1875 sieht die gesamte socialdemokratische Partei auf dem Standpunkt, daß die politische und die gewerkschaftliche Organisation gleichberechtigt, aber ihrem Wesen nach verschiedene Kräfte des Klassenbewußtens proletariats seien, und daß sie demgemäß auf verschiedenen Wegen dem gemeinsamen Ziel aufzubrechen müßten, der Emanzipation der Arbeiterklasse aus der Lohnsklaverei. Dies ist der „Sinn von Marx“, den er zehnmal in der Literatur der Internationalen, dies ist der „Sinn der orthodoxen Marxisten“, den sie hundertmal in ihren Schriften und Zeitungen, dies ist der „Sinn der socialdemokratischen Führer“, den sie tausendmal in ihren Reden ausgesprochen haben. Gewiß ist ihnen die gewerkschaftliche Bewegung nicht „Selbstzweck“, sondern nur „Mittel zum Zweck“, aber man beachte nur den Tölpelspielerkniff, womit Herr Sombart „Mittel zum Zweck“ und „im höheren Dienste der politischen Bestrebungen“ als gleichbedeutend neben einander stellt, um den „Sinn von Marx“ in einen Ansturm zu verkehren, den Marx und — bis auf eine vorübergehende Episode — auch die deutsche Socialdemokratie stets zurückgewiesen haben.

Die in der Theorie, so in der Praxis. Es gehört zu den Ruhmestiteln der deutschen Arbeiterklasse, daß sie immer gleich stark zur gewerkschaftlichen und zur politischen Organisation gedrängt hat, was schon Schweiger zu seinem Leidwesen erfahren mußte, trotz des großen Ansehens, das er bei den Lassalleanern genoss. Wenn sich gleichwohl der gewerkschaftliche Arm des deutschen Proletariats schwächer entwickelt hat, als sein politischer Arm, so tragen außer anderen Gründen die hartnäckigen polizeilichen, staatsanwaltschaftlichen und gerichtlichen Verfolgungen der Gewerkschaften die Schuld daran; mit Recht sagt Verstein, nicht daß die Gewerkschaftsbewegung verhältnismäßig zurückgeblieben sei, sondern daß sie sich noch so weit entwickelt habe, sei zum Verwundern. In früheren Jahrzehnten wurde die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter noch bestiger verfolgt als ihre politische Bewegung, weil die Unternehmer die von den Gewerkschaften drohende unmittelbare Verkürzung ihres Profits mehr fürchteten, als die mittelbare Bedrohung des ganzen Profits durch eine, wie sie sich einbildeten, harmlose und utopistische Sekte. Heute hat sich das Verhältnis infolgedessen umgekehrt, also wenigstens die gescheiterten Unternehmer den Gewerkschaften lieber einen Teil ihres Profits opfern möchten, wenn sie damit die handgreifliche Bedrohung ihres gesamten Profits durch eine große politische Partei abwenden könnten. Diese Schmerzen holder Seelen bringt Herr Sombart in ein „wissenschaftliches“ System; deshalb giebt er der unralten Polizeifinte, die jahrzehntelang gebraucht worden ist, um die polizeiliche Verfolgung der Gewerkschaften zu beschönigen, der Finte nämlich, daß die Gewerkschaften der Schwanz der politischen Bewegung seien, die höhere wissenschaftliche Weisheit; deshalb fabelt dieser Lehrer der politischen Delonomie, daß „die erste Aufgabe der Gewerkschaften in den letzten Jahren“ nicht in der günstigen Konjunktur der Geschäfte, sondern in der — zweifach imaginären — „Emanzipation der Gewerkschaftsbewegung von der Vormundhaft der socialdemokratischen Partei“ ihre Wurzel habe.

Selbstverständlich fällt durch diese professorale Treiberei kein Schatten auf das Aufwärtstommen der Gewerkschaften in neuerer Zeit. Unseres Erachtens ist die bedeutendste Thatsache in dem letzten Jahrzehnt der deutschen Arbeiterbewegung, daß während ihre politische Organisation in dem stagnierenden Sumpf des Bildungskurses zu waten hatte, ihre gewerkschaftliche Organisation die günstige Konjunktur mit aller Einigkeit zu ihrem Ausbau ausgenutzt hat, und alle Ehre den Genossen, die ihr Verdienst daran haben! Sollte dabei eine gewisse Ueberschätzung der Gewerkschaftsbewegung mit unterlaufen, so ist das dieselbe Erscheinung, die früher im umgekehrten Sinn oft genug beobachtet werden konnte, wenn die politische Bewegung schneller vorwärts kam, als die gewerkschaftliche. Die Verhältnisse, unter denen die Arbeiterklasse zu kämpfen hat, werden nicht von ihr, sondern von ihren Gegnern gemacht, und es ist bei aller praktischen und principiellen Klarheit selb. natürlich, daß ihr der Arm, den sie unter den gegebenen Verhältnissen am kräftigsten führen kann, auch als der an sich kräftigste erscheint.  
 Auf dem Boden, den sich Herr Sombart durch seine Geschichtsfabeleien geobnet hat, stimmt er seine Harke nun so: „Das neue Jahrhundert wird nicht ein Jahrhundert des Kapitalismus oder des Socialismus sein, sondern ein Jahrhundert beider, denn sie schließen sich nicht aus, sie gehören zusammen wie die beiden Seiten einer Medaille. Der Kommunal-socialismus, die genossenschaftlichen Betriebe werden eine Zunahme erfahren, der Schwerpunkt des Wirtschaftslebens aber wird in den Händen der Kapitalisten bleiben. Wir können die genialen (Albarmherziger!) Leiter der Produktion und

die königlichen Kaufleute nicht entzogen, und wir wollen hoffen, daß sie in der rauhen Luft des Weltmarkts Deutschlands Ruhm und hohe Stellung erhalten und ausbreiten werden. Den Ansehn der Arbeiter am Produktionsgewinn, an der Art und Weise der Produktion wird wachsen, die Planlosigkeit der Produktion wird verringert werden, und an die Stelle der heutigen privaten Regelung des Arbeitsvertrags wird die öffentlich-rechtliche Regelung dieser Verhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern treten usw. usw. Max Hirsch wird durch diese Thesen zu Theorien geführt werden; nachdem er von wegen seiner „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ dreißig Jahre lang von den deutschen Arbeitern ausgelacht worden ist, erhält er nun doch die „wissenschaftliche“ Genetika als Prophet des 20. Jahrhunderts.

Hoffen wir uns kurz zusammen! Seitdem es eine deutsche Gewerkschaftsbewegung gibt, haben sich in ihr — immer abgesehen von der ständigen Epiphyse Schweißer — drei Standpunkte geltend gemacht. Da ist der Standpunkt Marx: gewerkschaftliche und politische Organisationsmittel sind gleichberechtigt und gleich wirksame Mittel zur Emancipation der Arbeiterklasse und der Lohnslaverei, aber da sie ihrem Wesen nach verschieden sind, so müssen sie, unabhängig von einander, verschiedene Wege zu denselben Ziele verfolgen. Dieser Standpunkt findet seine Stütze in allen Erfahrungen des proletarischen Emancipationskampfes. Da ist ferner der Standpunkt Brentano: die gewerkschaftliche Bewegung ist nötig, um die kapitalistische Gesellschaft zu lähmen und zu stützen; erst wenn diese Gesellschaft ihre letzten Konsequenzen zieht und ihr allgemeines Warenrecht auch der Ware Arbeitskraft einräumt, wird sie auf festen Füßen stehen. Das ist ein beschränkt-bürgerlicher, aber christlicher Standpunkt, mit dem sich bischöflicher und in gewissem Sinne sogar leben läßt; wir werden die letzten sein, Herrn Brentano jedes Verdienst um die deutsche Arbeiterbewegung abzusprechen. Da ist endlich der Standpunkt Max Hirsch-Sombart: die gewerkschaftliche Bewegung ist Selbstzweck; indem sie die politische Bewegung der Arbeiterklasse paralysiert, wird sie die kapitalistische Gesellschaft überwinden und in einem Aufbruch zum Sozialismus und Socialismus einen Arbeit allgemeinere Schicksaligkeit herstellen. Dieser Standpunkt ist die reine Konfusion, „sublimiert“, um in der Sprache des Herrn Sombart zu reden, von allen „historisch zufälligen Accidensien“, vorausgesetzt nämlich, daß er nicht — etwas ganz andres ist.

## Deutsches Reich.

### Konfiskationen in Ostpreußen.

Aus Ostpreußen wird uns unterm 10. d. M. geschrieben: Wie vorausgesehen war, wird auf den von uns früher herausgegebenen Konfiskationskalender „Ostpreussischer Landbote“, der sofort nach seinem Erscheinen beschlagnahmt wurde, in der eifrigsten Weise Jagd gemacht.

Der Kalender war in kleinen Posten an die Parteigenossen in der Provinz mit der Bitte verschickt, die Verteilung sofort nach Empfang vorzunehmen. Mit erfreulichster Promptheit sind uns wiederum Freunde auf dem Lande dieser Anweisung gefolgt. Mit solcher Schnelligkeit wurden die Kalender unter die Leute gebracht, daß es den beauftragten Behörden nur in ganz wenigen Fällen gelungen ist, die Sendung in die Hände zu bekommen. Wenn sie darüber auch nicht erfreut zu sein drängen, hatten die behördlichen Organe sich doch mit dieser Thatsache abzufinden.

Der § 27 des Reichs-Preßgesetzes schreibt ausdrücklich vor, daß die Beschlagnahme von Druckschriften die Exemplare nur da trifft, „wo dergleichen zum Zwecke der Verbreitung sich befinden“. Die in Privatbesitz übergegangenen Einzel-exemplare dürfen nicht beschlagnahmt werden.

Entgegen dem klaren Wortlaut des Gesetzes sind aber eine ganze Anzahl von Gendarmen und Gemeindevorstehern von Haus zu Haus gegangen und haben den Leuten die Einzel-exemplare abgefordert. In Fällen, wo die Besitzer eines Kalenders denselben nicht sofort herausgaben, wurde Hausdurchsuchung abgehalten, bei der es einigemal recht merkwürdig herging.

Die zu Unrecht beschlagnahmten Kalender sind natürlich nicht in den Händen der Gendarmen geblieben, sondern den Landratsämtern abgeliefert, die den Beamten die Anweisung gaben, auf den Kalender zu schauen. Würde nach dem Gesetz verfahren, müßte den Leuten ihr zu Unrecht abgenommenes Eigentum sofort wieder zurückgestellt werden. Wäher verlangt aber nichts darüber, daß die Beamten die Kalender zurücktragen. Der § 27 des Preßgesetzes scheint danach für Ostpreußen zum Teil nicht mehr zu bestehen.

Es wiederholt sich jetzt das selbe Schauspiel, das wir im vorigen Jahre sahen. Besonders im Regierungsbezirk Gumbinnen wurde damals den Kalendern nachgespürt und derselbe ebenfalls in vielen Fällen den Besitzern unrechtmäßig abgenommen. Damals richtete der Verleger des Kalenders an den Regierungspräsidenten ein Schreiben, in der er von der durch das Gesetz nicht gestatteten Wegnahme der Kalender Mitteilung machte und der Erstattung Ausdruck gab, daß das weitere Einammeln der Kalender verboten und ferner dafür gesorgt werde, daß die Kalender ihren Eigentümern wieder zurückgestellt würden. Auf das Schreiben ist keine Antwort erteilt und ebensowenig haben die geschädigten Personen ihr Eigentum zurückbekommen.

Wenn die Behörden eine Ahnung hätten, welche Wirkung das Vorgehen gegen den Kalender auf die Landleute ausübt, hätten sie sich, so weiter fortzufahren. Es wird für die Socialdemokratie mehr Stimmung gemacht, als wirke Genossen thun könnten. Die meisten Kalender sind natürlich in den Händen der Landbewohner verblieben; der Wert derselben ist in den Augen der Landleute infolge der behördlichen Nachstellungen ganz bedeutend gesunken und jeder ist bemüht, den Inhalt so schnell wie möglich zu veräußern. Der Kalender wird natürlich mit noch größerer Spannung erwartet, wie der diesjährige.

Beschwerde wird auch diesmal wegen der Wegnahme der Kalender erhoben werden. Wänder werden wir uns aber nicht, wenn der Herr Minister wieder antwortet, wie kürzlich im Landtage:

„Materiell kann ich das Vorgehen der Beamten nur billigen. Formell dagegen haben die Beamten nicht korrekell gehandelt.“

Dam wird alles beim alten bleiben und die Socialdemokratie befindet sich so wohl dabei, wie nur zu wünschen ist.

Die Sehnsucht nach dem starken Mann, die Herr v. Frege in einem Bruchstück nach dem Reichstanzler der Zukunft in der Generalversammlung der Landwirtschaftsbändler geäußert hat, verdichtet sich für die „Staatsbürger-Zeitung“ zu einem „in parlamentarischen Kreisen in Umlauf befindlichen Gerücht, daß auch an hohen Stellen die Sehnsucht nach dem Kanzler der Zukunft bestche.“

Das „parlamentarische Gerücht“ ist sehr einseitig. Die gemeinte hohe Stelle wird niemals einen klangvollen starken Mann haben wollen, weil sie dadurch ihre eigenen Rechte und ihre selbständige Wirksamkeit geschwächt glauben würde.

Heber Wahlansichten schreibt die „Köln. Volksztg.“:

„Ob eine Auflösung des Reichstags der Regierung den Sieg bringen würde, erscheint sehr fraglich. Wie man hört, rechnet man in Regierungskreisen auf den völligen Zusammenbruch der freisinnigen Volkspartei. Dem Centrum hofft man mit Hilfe der scheinbar „Systematisthalten“ einige Siege abzunehmen zu können, aber auch der Socialdemokratie glaubt man mehrere Wahlkreise entreißen zu können. Wenn alle diese Vorurteile sich erfüllen, so wäre ja ein Sieg der Regierung sicher. Aber die Rechnung erscheint uns höchst zweifelhaft. Man hat gesagt, die freisinnige Volkspartei könne nur mit Hilfe der Socialdemokraten und des Centrums Mandate gewinnen — aber diese Unterstützung würde ihr doch im Falle einer Auflösung des Reichstags sicher nicht fehlen. Die Ansichten der Socialdemokratie sind nicht leicht berechenbar; aber wir sind der Ansicht,

daß sie zum Erfolg für einige Mandate, die man ihr etwa entziehen dürfte, weder andere gewinnen würde. Für die Hoffnung, dem Centrum durch „konservative-katholische“ Kandidaturen Abbruch zu thun, haben wir nur ein lächeln. Die Regierung sollte sich sagen: „vostis in terris“ — 1887 und 1893 hat man sich aus solchen Kandidaturen hinwegsetzen und die unangenehme Längung erlebt.“

Die „Köln. Volksztg.“ überflieht in dieser Rechnung den wichtigsten und zugleich den günstigsten Faktor. Zur Zeit des Systematisthalten verfiel die Regierung über einen geschlossenen Parteienverband, das Statell. Der ganze behördliche Apparat wurde damals unter Führung der Konservativen in den Dienst der Regierungsgestaltung gestellt.

Jetzt aber liegt die Sache so, daß gerade die einflussige Regierungspartei schlechthin, das Zentrum, innerlich gegen die Regierung und gegen die Flotte ist.

Ein Reichstags-Auflösung brächte gerade die Konservativen in die allerbeste Lage. Gezwungen, mit der heuchlerischen Parole: „Für die Flotte“ in den Wahlkampf zu ziehen, befinden sie sich einerseits ausschließlich gegen die Flotte und andererseits gegen die Flotte ein Wahlkampf unter solcher Parole würde die Möglichkeit bieten, die konservativen Herrschaft in der Landbevölkerung zu Gunsten der offenen Flottenfeinde zu erschüttern. Das dadurch nicht die Ansichten der Regierung gebessert werden, liegt auf der Hand.

Woju wir eine Flotte brauchen? Auf den Admiralitätsinseln ist ein deutscher Händler von den Aquilonen ermordet und aufgefressen worden.

Diese Begebenheit wird — man stamme — vom „Scherl-Anzeiger“ als Beweis für die Notwendigkeit einer stärkeren Flotte angeführt.

Die Admiralitätsinseln, die ein Juwel in unserer Kolonialherrlichkeit sind, gehören zu dem Dismarck-Archipel, der insgesamt 227 Fremde zählt. Wieviel davon auf die Admiralitätsinseln entfallen, ist uns nicht bekannt. Es soll aber Thatsache sein, daß gelegentlich einmal ein Deutscher sich in diese interessante Gegend verirrt. Wenn jeder dieser deutschen Passanten auf entlegenen Inseln durch ein Kriegsschiff geschützt werden soll, so würde auch eine Verzehrfahrung der Flotte nicht genügen.

Beiläufig ist der Mord nicht nur eine Specialität der Admiralitätsinseln. Trotz Meer und Flotte, Polizei und Nachtwächter, Scharfrichter und Justizhaus wird auch der uns in Deutschland gemordete. Und in Berlin ist sogar das Nordhandwerk ziemlich ungeschützt, weil die Polizei die Verbrecher doch nicht erwischt. Die durch schwere geschlossene Sicherheitsbehörde wird nun wohl mit dem „Volks-Anzeiger“ sagen: „Ja, wenn wir eine starke Flotte hätten.“

Scherl muß der Dummheit seiner Leser außerordentlich sicher sein, daß er ihnen dieser idiotische Argumente zu bieten wagt.

### Die Verstarbeiter über die Flottenvorlage.

Aus Kiel wird uns berichtet:

Gegen die Flottenvorlage hat sich am Montagabend in Kiel eine imposante Vollversammlung nach einem Referat Legiens ausgesprochen. In einer Resolution wird ganz energisch Protest gegen die durch die neue Flottenvorlage geplante Flottenvermehrung und die durch dieselbe zum Ausdruck gebrachte unerlöste Weltpolitik erhoben. In dieser Rationalpolitik wird nicht ein Mittel zur Behauptung des deutschen Nationalwohlstandes und der deutschen Kultur, sondern im Gegenteil ein Mittel zur Heraufbeschwörung internationaler Kriegswahntänze, sowie zur wirtschaftlichen und politischen Schädigung der Arbeiterklasse erblickt. Einstimmig wurde die Resolution von den 1000, zum größten Teil aus Verstarbeitern bestehenden Versammlungs-Teilnehmern angenommen. In der Universitäts- und Hauptmarinestadt Kiel hatte sich nicht ein Anhänger der Flottenvorlage gefunden, der dieselbe vor den Arbeitern zu verteidigen gewagt hätte.

Sehr verständigungsbeifrig in der Flottenvorlage zeigt sich die „Germania“. In einer Besprechung des von uns erwähnten Artikels des „Observatore Romano“ sagt sie: „Wenn diese Rede den Weg zu einer Verständigung zwischen Regierung und Reichstag unter Mitarbeit des Centrums offen gelassen hat, so wird man in Rom gewiß ebenso sehr wie im Centrum wünschen, daß eine Verständigung auf einer annehmbaren Grundlage, namentlich hinsichtlich der Dedungsfrage, zu Stande kommen möge.“

Weiter aber rühmt die „Germania“ die Uneigennützigkeit ihrer Partei. Da die so berechtigten Forderungen des Centrums in kirchlich-politischen Fragen noch immer nicht erfüllt seien — das katholische Blatt zählt eine lange Wunschliste auf —, und in Betracht der „staatlichen Abwehr der Katholiken von den Gemeindeverwaltungen durch eine „Gemeindegewalt-Vorlage“ werde man die Wirkthumung der preussischen Katholiken begreiflich finden und mit ihr rechnen müssen, „aber damit auch überall die Bereitwilligkeit zu einer Verständigung um so mehr einzuschätzen vermögen“.

Handel und Flotte. Die Kaufleute der großen Seestädte werden in der Flottenpresse stets als eifrige Förderer erhöhter Seestreitkräfte ausgegeben, weil dadurch der Handel glänzende Förderung erhalte. Ganz anders klingt, was die „Weser-Zeitung“ über die Stimmung in den Handelskreisen in Bremen berichtet:

Herr Liebermann v. Sonnenberg hat ausgerufen: „Die deutsche Hanse müßte die Kriegsflotte selbst bezahlen, warum sollten die Erben der Hanse sich nicht an der Aufbringung der Kosten für ihre Flotte beteiligen? Beteiligte werden sich natürlich die Donatoren an diesen Kosten so gut wie alle andern; nach dem Zusammenhänge sollen sie aber Herrn Liebermann zufolge diese Kosten allein oder vorzugsweise tragen, weil sie, wie er meint, die Kriegsflotte zu ihrem Geschäft bedürfen. Da liegt der Irrtum, der weil verbreitet ist. Natürlich soll nicht gelungen werden, daß auch geschäftliche Vorteile von dem Vorhandensein einer deutschen Seemacht gelegentlich abhängen, nicht allein für bismarckische Gewerbetreibende und Landwirte, sondern auch für bankearische Kaufleute. Wenn man aber die bankearische Kaufleute lediglich als Geschäftslente fragt, ob sie Kriegsschiffe halten wollten, um mehr Geld zu verdienen, so würden sie einstimmig mit Nein antworten müssen. Als Patrioten stimmen sie für die Kriegsflotte, zu deren Kosten sie ihren Teil beisteuern werden; als Geschäftslente würden sie aber den überhöhten Zustand, bei dem es sich ja auch leben läßt, lieber ertragen, als ein stehendes Konto „für Kriegsschiffe“ in ihren Büchern zu eröffnen, das ihr ganzes Geschäft verfrachten würde.“

Als „Patrioten“ wollen die Bremer Handelsherren für eine große Flotte eintreten, wenn die unteren Volksschichten den Patriotismus bezahlen. Dieser Patriotismus ist zudem nichts als ein schönes Wort; man will nicht widerstreben, wenn so viele Leben und Tode für die große Flotte gehalten werden. Aber Gewinn ist davon nicht zu erwarten, sagen die Kaufherren der Hansestadt. Dies Zeugnis ist sehr wertvoll.

Das Märchen von den flottenfreundlichen Arbeitern wird jetzt von den Flottenagitatoren aufgegeben. Der an den Weibel gerichtete Schlußbrief eines angeblichen socialdemokratischen Arbeiters erregt den Verdacht der „Köln. Volksztg.“, daß er in der Redaktion des „Vorwärts“ hergeleitet ist. Das das Offener Organ Krupps leicht auf den Verdacht einer Fälschung kommt, erklärt sich daraus, daß es neulich selbst eine Ansprache des Kölner Erzbischofs zu einer Flottenrede fälschte. Ingleich aber vertritt der Weibel an der Wahrheit die Thatsache, daß die Leute an das von ihnen erfommene Märchen von flottenfreundlichen Socialdemokraten selbst nicht glauben. Sie können sich ja nicht einmal vorstellen, daß dieser Schreibern echt seien.

Auch wir glauben nicht, daß der Schlußbrief, dessen Original noch vorhanden ist, von einem Arbeiter stammt. Wir hatten gleich darauf hingewiesen, daß er eine kaufmännische Handschrift

zeigt. Wir sind vielmehr der Meinung, daß sich irgend ein Welt-politiker in dieser Substanz ausgetobt hat.

### Mißliche Flottenagitation.

Man berichtet uns: In Neuchâtel i. Sch. hielt der Kapitänleutnant v. Veltheim einen Flottenvortrag. Trotz reichlicher Bekanthe hatten sich nur ein Duzend Personen eingefunden, um die Ausführungen des Flottenpostels zu hören. Der Redner betonte u. a., daß es England sein würde, mit dem wir uns einmalm auseinander zu setzen haben werden. Das ist ja der neue „Geb-feind“. Die Dedungsfrage macht dem Herrn wenig Sorge. Deutschland sei reich, nichts er, da der deutsche Mittelstand fünf Milliarden in den Specialien zinstragend angelegt hätte.

Auch in Grünberg (Schlesien) sind die Flottenvereiner läg-lich abgefallen. Ein Vortrag mit Lichtbildern war trotz Heranziehung von Schülern miserabel besucht.

### Lex Seluge.

Offizios wird wiederholt erklärt, daß der Theaterparagraß in der Fassung der zweiten Lesung für die Regierung nicht annehmbar sei. Nach der „Köln. Volksztg.“ soll man sich seitens der Redten über ein Kompromiß einig geworden sein, das auch die Zustimmung der Regierung finden dürfte.

### Das heidnische Verlu.

Ein bemerkenswertes Zugeständnis entzählt der katholische „Märkische Volks-Zeitung“, indem sie erklärt:

„Dah in Berlin mit seinen Hunderttausenden von Neu-Heiden die Glorioso Vermögen Ideen zahlreicher Anhänger haben, auch außerhalb des Dunsirkreises des Organs des „nationalen“ Herrn Koffe und des „Vorwärts“, zum nicht verumhören.“

Hunderttausende von Neu-Heiden beherbergt also allein Berlin. Und das trotz der rapid wachsenden offiziellen Frömmigkeit und der kolossalen Kirchervermehrung!

### Grobermüßigkeitswälder.

Als „Schandgesetz“ hatten die Genossen E. Schmidt, Sturm, Göttried, Gahner und Rachtmann in München die Justizvorlage bezeichnet. Das Schöffengericht erklärte darin eine „bewusste und gewollte Schmäkung des Bundesrats“ und verurteilte jeden der Angeklagten zu 20 Mark Geldstrafe. Die Strafkammer des Landgerichts München I hob das Urteil auf und sprach die Angeklagten frei. Das Oberlandesgericht München, dessen Entscheidung nunmehr der Staats-anwalt antritt, hob das freisprechende Urteil wieder vollständig auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. Jetzt verurteilt dies Gericht die Verurteilten und bestätigte das auf Verurteilung lautende Erkenntnis des Schöffengerichts.

Unterbes wurden dem Schöffengericht München II, zwei andre Schänder gleichen Kalibers vorgeführt, die Genossen Breuninger und Mauerer, die zur Abwehlung von „Schandvorlage“ gesprochen hatten. Sie wurden vom Schöffengericht freigesprochen. — Was ist nun bei den Münchner Gerichten grober Unfug?

### Von den Kleinkalibern.

In der Budgetkommission kam am Dienstag die Frage der Herabsetzung des Gewehrkalibers zur Sprache. Minister v. Soller erklärte, daß er eine weitere Herabsetzung des Gewehrkalibers nicht für möglich halte. Im sibirischen Kriege habe man beobachtet, daß die Wunden, welche das sonst gute Kleinkalibrige Voerengewehr bei Fleischwunden verurachte, sehr leicht seien und meist in kurzer Zeit heilten. Gewehre zu kleinen Kalibers seien nicht im Stande, Wunden und Tiere dauernd außer Gefahr zu setzen. Das Voerengewehr sei ein 7 Millimeter-Mausgewehr aus der Wöwischen Fabrik und habe sich sonst gut bewährt, doch habe es entschieden ein zu kleines Kaliber. Auch im spanisch-amerikanischen Kriege waren die Wunden meist „harmlos“ wegen des zu kleinen Kalibers der spanischen Gewehre.

### Dresden, 19. Februar. (Fig. Ver.) Landtag.

Die zweite Kammer verhandelte über einen vom nationalliberalen Abg. Dr. Schill eingebrachten Antrag, der eine Änderung einiger auf Stadtverordnete z. bezüglichen Bestimmungen der Städte- und der Landgemeinde-Ordnung bezieht. Es wird verlangt, daß in Bezug auf Suspension oder Ausschluß vom Gemeindevertreterkollegium präcise Bestimmungen getroffen werden. Der Antrag Schill hat seinen Grund in der seinerzeitigen Ausschließung eines nationalliberalen Stadtverordneten in Leipzig aus dem Kollegium, die deshalb erfolgte, weil gegen den Betreffenden ein Strafverfahren eingeleitet war, das bei einer event. Verurteilung die Abberufung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge gehabt hätte. Das Verfahren müßte eingestellt werden, der Betreffende blieb aber trotzdem ausgeschlossen. Andererseits ist es wiederholt vorgekommen, daß Socialdemokraten wegen geringfügiger Strafen aus politischen Vergehen ihres Mandats entbunden wurden. Außer der Socialdemokratie hat sich in solchen Fällen niemand der Sache angenommen. Der Antrag Schill verlangt nun, daß bei Einführung eines Strafverfahrens gegen einen Gemeindevertreter nur Suspension von seinem Ehrenamt verhängt werden kann, und bei rechtskräftiger Verurteilung das Kollegium selbst über den Ausschluß zu entscheiden hat. In letzterwähnter Hinsicht wandte sich unter Genosse Fräbors gegen die Form des Antrags. Gebessert wird dadurch nichts, man würde bei der heutigen Zusammenkunft der Gemeinderäte, wenn es sich um einen Arbeitervertreter handelte, erst recht dazu kommen, daß das politische Moment den Ausschlag gebe, und so auch die wenigen socialdemokratischen Vertreter noch hindrängen. Unter der Herrschaft des Geldsadows wäherlich schlage insofern jede Erweiterung der Autonomie der Gemeinden zum Nachteil der Arbeiter aus. Erste Grundbedingung sei die Gewährung des allgemeinen gleichen direkten Wahrechts. (Allgemeines Murren auf den konservativen Bänken.) Da könne man lange warten, antwortete lakonisch Herr Schill. Genosse Hofmann betonte sehr treffend, daß unter allen Umständen eine Bestimmung zu treffen sei, daß bei Strafen wegen politischer Vergehen Ausschluß nicht erfolgen dürfe. Auch sei den Vertretern der Gemeinde ein größerer Saum zur Ausübung ihres Mandats zu garantieren. Der Antrag geht vorläufig an die Gesetzgebungsdeputation.

### Majestätsbeleidigung war dem Zimmermann Steinkowiz

zur Last gelegt, der am 17. Februar vor der Strafkammer in Potsdam stand. Gleich nach Beginn der Verhandlung wurde gegen den Antrag des Verteidigers Rechtsanwalt Heine aus Berlin die Offenlichkeit ausgeschlossen. Wie die Urteilsverhandlung ergab, handelte es sich um eine Veremerkung, die der Angeklagte in einer öffentlichen Zimmerer-versammlung in Rowawod gemacht hatte, und die der überwachende Beamte auf die Deputationsurthe Rede bezogen hatte, während sie nach der Angabe des Angeklagten der Social-vollstif der Regierung im allgemeinen gelten sollte. Wie der Verurteilte verurteilt, hatte sich das Gericht den Ausführungen des Verteidigers nicht verschlossen, doch aus inneren Gründen den Angeklagten Glauben zu schenken sei und hatte ihn freigesprochen.

## Ausland.

### Cesreich, Ungarn.

Wiener Gemeindegewahlordnung. Der niederösterreichische Landtag überließ die abgeänderte Gemeindegewahlordnung für Wien einem aus 18 Mitgliedern bestehenden Ausschusse.

### Schweiz.

Basel, 10. Februar. (Fig. Ver.) In der gestrigen Volks-abstimmung ist leider das Gesetz betreffend die staatliche Arbeitslosen-Versicherung verworfen worden und zwar mit der großen Stimmenzahl von 5458 Nein gegen nur 1019 Ja. Dieses Resultat ist sehr bedauerlich und die vielen Arbeiter, die gegen die Vorlage stimmten, haben damit keineswegs irgend welches socialpolitische Verständnis bewiesen. Trüß wieder eine wirtschaftliche Krise mit angedehnter Arbeitslosigkeit ein, so wird vielleicht mancher, der jetzt das Gesetz nicht verworfen hat, seine Kurzsichtigkeit bedauern.

**Südrich, 19. Februar.** (Fig. Ver.) Die gestern in Otten statt-  
gefundene außerordentliche Delegiertenversammlung des schweizerischen  
Gründervereins, die von 144 Delegierten aus 110 Sektionen besucht  
war, beschloß einstimmig die Annahme des Kranken- und  
Unfallversicherungs-Gesetzes. — In dem Arbeiter-  
viertel Außerhalb der Stadt Zürich wurden gestern drei Social-  
demokraten (einer war zu erlösen) in den großen Saal der Stadt  
eingerufen, um in den Räumlichkeiten des Kantonsrats und zwei in die Schulhöfen.  
Bei der in der ganzen Stadt stattgefundenen Wahl neuer Mitglieder  
in den kleinen Saal trat Herr Genosse Long 6708, der bürgerliche  
Kandidat 8426, so daß letzterer gewählt ist. Die Socialdemokraten  
haben nur einen von den neun Stadträten. —

### Italien.

**Rom, 20. Februar.** Die Abgeordneten-Kammer. Zur Be-  
ratung steht der Antrag der Abgeordneten Caldesi und Giannelli  
betreffend Pensionszahlungen an die Veteranen in  
Erwägung zu ziehen. Der Ministerpräsident des Schatzes Baron  
Saporiti bittet den Antrag abzulehnen. Die Kammer beschloß mit  
105 gegen 104 Stimmen die Ablehnung. —

### Frankreich.

**Paris, 20. Februar.** Der Handlungsgehilfe Monnier, welcher,  
als Präsident der bei der Magdalenenkirche vertriehen, den Auf-  
sicht: „Nieder mit dem Panamischen Loubet!“ wurde zu sechs Monaten  
Gefängnis verurteilt.

### England.

**Der Krieg im englischen Unterhaus.** Das Haus beriet am  
Montag über den Nachtragkredit. Nach mehrstündiger von den  
irischen Nationalisten angeregter Debatte wurde der Posten „Pana-  
misch“ mit 164 gegen 82 Stimmen angenommen und nach weiterer  
Erörterung, in welcher die irischen Nationalisten gegen den  
Krieg von neuem energisch protestierten, mit 207 gegen  
91 Stimmen der Kredit von 18 Millionen bewilligt. —

### Dänemark.

**Kopenhagen, 20. Februar.** Der Landwirtschaftsminister hat  
heute das seit dem 15. Januar bestehende Verbot der Aus-  
fuhr von Rindvieh, Schafen, Ziegen und Schweinen aus Dänem-  
ark nach dem Ausland und den übrigen Teilen des Landes auf-  
gehoben. —

### Rußland.

**Die finnischen Stände** richten wieder eine Petition an den  
Zaren, in der sie gegen die Spione und Agenten und gegen die  
Aufhebung des Vereinsrechts Einspruch erheben.  
Sie betonen, daß in Finnland die Aufrechterhaltung der Gesetz-  
heit eine leichte Aufgabe gewesen sei, da die finnische Gesellschaft  
frei sei von allen Bewegungen, die rechtswidrige Ziele verfolgen.  
Es sei unverständlich, in inneren finnischen Angelegenheiten andern  
als finnischen Behörden Gehör zu geben, vollends aber müsse es  
zu schiefen und bedenklichen Resultaten führen, wenn dazu Agenten  
benutzt werden, die weder mit der Sprache noch mit den  
Gebräuchen des Landes vertraut sind und nicht zu beurteilen vermögen,  
was nach finnischem Gesetz statthaft ist oder nicht, und irreführende  
Verichte geben. Ebenso wird betont, daß keiner der bestehenden  
Verweise sich des Verstoßes oder einer Übertretung schuldig gemacht  
hat, auch seien die bestehenden Verweise in der Durchführung ihrer  
Angelegenheiten verhandelt. Sie bitten, der Zar möge die innere  
Verwaltung des Landes nicht in einer Weise führen lassen, die im  
Widerspruch stünde mit den Landesgesetzen und den Grundsätzen, die  
bis her geltend gewesen. — Was nicht ihnen das alles? Bitterchen will  
sie eben ganz zu seinen Kinderchen machen. —

### Amerika.

**Valparaiso, 19. Februar.** Die Nachricht von der Entdeckung  
eines Geheimvertrags zwischen Peru, Bolivia und  
Argentinien in Verbindung mit der offenbar gegen Chile  
gerichteten Verschärfung der Rüstungen Argentiniens verursacht hier  
Erregung. Eine militärische Kommission, an deren Spitze der  
chilenische Generalstabschef Körner steht, ist in der vergangenen  
Woche nach Europa abgereist, wie man glaubt, in wichtigen mili-  
tairischen Angelegenheiten. Der argentinische Generalstabschef arbeitet  
Bestimmungen für die Militär-Dienstpflicht aus.

## Partei-Nachrichten.

**Heber Protestversammlungen gegen die Hottendorlage**  
wird wieder aus verschiedenen Landesteilen berichtet. So fanden  
solche Part in Neu-Ulm bei Drielen im Wahlkreise Althaus, in  
Lehrte, Weihenfeld, Gera, Jüdowen sowie im Hamburger Landgebiet.  
In allen Versammlungen wurden die vorgeschlagenen Resolutionen  
ohne Widerspruch angenommen.

**Die politischen Sprechstunden,** die unsere Parteigenossen in  
Sachsen-Weimar abhalten, weil ihnen jede Versammlung verboten  
wird, will die weimarerische Regierung, wie ein Amtsblatt „erfährt“,  
als „versteckte politische Versammlungen“ ansehen. Danach sollen die  
Ordnungs-Polizeibehörden angewiesen werden, derartige, öffentlich an-  
geordnete Sprechstunden, in denen bekannte Socialdemokraten das  
Wort zu führen beabsichtigen, je nach Lage der Umstände zu ver-  
bieten.

Die Polizei kann natürlich alles, wenn es gegen Socialdemo-  
kraten geht, ob aber ein gesetzliches Recht zum Verbot solcher Sprech-  
stunden besteht, bezweifeln wir.

**Totenfeier der Partei.** In Wolmershausen (Bremen) starb  
der Parteigenosse J. v. Wulffen an den Folgen einer Influenza.  
In ihm verliert die Partei vor allem einen unermüdbaren wirksamen  
Landagitator, der es verstand, den Landbewohnern in ihrer Sprache  
zum Herzen zu reden.

**Der Parteitag der polnischen Socialdemokraten** in Breslau  
wird am 16. und 18. April in Berlin abgehalten. Die vorläufige  
Tagesordnung lautet: 1. Bericht der Parteileitung und Kassenericht.  
2. Berichte der Delegierten und Stellungnahme zur allgemeinen  
Agitation. 3. Die Parteileitung und andre Demandschriften.  
4. Reichstagskandidaturen. 5. Der internationale Kongress. 6. Wahl  
der Parteileitung.

Kritique, die in der Gazeta Robotnicza veröffentlicht werden  
sollen, sind bis zum 30. März an den Parteisekretär Melkowski,  
Berlin, Wallnerthenerstr. 20, einzusenden.

**Und der französische Partei.** Die sozialistische Gruppe der  
Kammer beschloß, wie das Deputiertenbureau „Herold“ meldet, den  
socialistischen Abgeordneten Jevras zu Verantwortung zu ziehen,  
weil er in einer socialistischen Versammlung zu Lyon eine Tages-  
ordnung gegen die socialistische Gruppe des Parlaments und gegen  
Misserand angenommen hatte, welche die Haltung derselben bei der  
Beratung der Gesetze, betreffend die Frauarbeit in den Fabriken  
mifßbilligte.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Genosse Japprey,** Redacteur der „Märkischen Volksstimme“  
in Forst, wurde wegen Verleumdung eines Fabrikanten, dem er un-  
rechtmäßige Lohnvermehrung vorgeworfen, zu vier Wochen Gefängnis ver-  
urteilt.

— **Polizei und Stadtverwaltung.** Die Verwaltung der  
Stadt Bonn beabsichtigte Anfang vorigen Jahres einen jährlichen  
Arbeitsnachweis einzurichten, und der Beigeordnete Dr. Wind  
schickte sich deshalb u. a. auch mit den dortigen Gewerkschaften  
in Verbindung. Als die Vertreter der Gewerkschaften eine  
Versammlung für nötig hielten, rief ihnen der Beigeordnete,  
sich an den Besitzer des Hotels „Kaiser Friedrich“ zu wenden. Einer  
der Vertreter, A. mietete von dem Besitzer des genannten Hotels  
dessen Konferenzsaal, um am Sonntag darauf eine Versammlung für  
Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit der Tagesordnung: „Die Be-  
deutung des städtischen Arbeitsnachweises“ abzuhalten. Der Besitzer  
verpflichtete sich, im Falle der Nichterfüllung des Vertrags alle Un-  
kosten der Versammlungs-Abendung zu erstatten. Der Hotel-

besitzer schrieb am Tage vor der Versammlung, daß er den  
Saal nicht gebe. Da er sich weigerte, die entstandenen Kosten zu  
tragen, verklagte ihn A. Der Gericht machte der Hotelbesitzer  
geltend, die Abmachungen beruhen auf Irrtum und Täuschung. Er  
habe den Saal in der Annahme zugesagt, daß die Versammlung  
von der städtischen Verwaltung gebilligt sei. Aber die Polizei-  
behörde habe ihn darauf aufmerksam gemacht,  
daß der in den Bekanntmachungen angegebene Meserend  
Dr. Quard ein bekannter socialdemokratischer  
Agitator sei, und daß die Stadtverwaltung der Versammlung,  
bei der es sich offenbar nur um socialdemokratische Ver-  
sammlungen handele, durchaus fernstehe. Er sei, so erklärte der  
beklagte Hotelbesitzer, von dem Kläger A. getäuscht worden; er  
berufe sich auf den Polizeikommissar Wittfogel als  
Zeugen, daß der Kläger nur eine socialdemokratische Versamm-  
lung abhalten und Dr. Quard eine Rede über eine socialdemo-  
kratische Parteifrage halten wolle.

Das Gericht verurteilte den Hotelbesitzer zur Erstattung der  
Kosten im Betrage von 23,50 Mark. Es wurde festgestellt, daß  
der Kläger A. in der That eine Unterredung mit dem Beigeor-  
dneten gehabt hat und daß ihn dieser zu dem besagten Hotelbesitzer  
wegen des Saales sandte, ferner daß der Hotelbesitzer den Saal  
und im Falle des Nichterfolgs die Erstattung der Kosten zugesagt hat.  
Der Kläger A. habe auch, wie die Begründung des Urteils sagt, nur eine  
solche Versammlung einberufen, für die ihm der Saal zugesagt war; die  
Versammlung habe auch nicht dadurch, daß ein Socialdemokrat als  
Meserent über die Frage auftrat, einen socialdemokratischen Charakter  
angenommen. Der Anspruch des Klägers auf Erstattung der Un-  
kosten erscheine daher begründet.

— **Polizeiliche Saalabtreiber in Sachsen.** Die organi-  
sierten Arbeiter in Freiberg i. S. hatten bei der Ortsauswahl ihre  
Kandidaten durchgebracht und es war deshalb einem solchen  
der Posten des ersten Vorsitzenden übertragen. Das nahm  
das dortige Amtsblatt zum Anlaß, über die Gewählten die  
üblichen Schimpereien loszulassen. Um sich dagegen zu  
wehren, wollten die beiden Kassenvorsitzenden eine öffent-  
liche Versammlung veranstalten und belamen dazu den größten  
Saal der Stadt. Darauf wurde der Wirt zum Polizeirat bestellt.  
Dieser sagte dem Wirt, er könne ihm zwar nicht verbieten, sein  
Vokal zu der Versammlung herzugeben, er würde aber die  
Konsequenzen ziehen müssen. Die Folge war die Zurück-  
ziehung des Vokals.

## Der Streik der Bergarbeiter.

Der Streik in Böhmen tritt jetzt in die sechste Woche und noch  
ist eine Änderung nach irgend einer Seite nicht zu verzeichnen. Am  
Montag sind die sehr mühsigen Streikunterstützungen verteilt, trotzdem  
ist niemand von den Ausständigen wandelnd geworden, der Streik  
wird mit unerschütterlicher Ausdauer fortgesetzt und die von den  
Behörden unternommene Mission, die Arbeiter durch fleißiges  
Juden zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, verlief bisher er-  
folglos.

Ueber den Zustand in Deutschland gehen uns folgende Berichte  
zu: In Meuselwitz fand am Montagabend die Versammlung  
statt, in der die Entscheidung über die Lohnbewegung in Meuselwitz-  
Kositzer Bezirk getroffen wurde. Die Versammlung war gut  
besucht, jedoch kamen in der Mehrheit nur die Delegationen  
der einzelnen Werke zum Wort, da hier am Sonntag und Montag bei  
fast allen Verwaltungen angefragt worden ist. Die Grube „Bismarck“  
ist mit der 10prozentigen Lohnhöhung für die Arbeiter über  
Tage einverstanden, dagegen mit der Verkürzung der Arbeitszeit  
um eine Stunde nicht. Bewilligt werden ferner die  
übrigen Forderungen, wie Einführung besserer Ventilatoren,  
Einrichtungen von ausreichenden Waschanstalten, Lieferung  
von hinreichendem Heizmaterial für den Hausbedarf der Arbeiter.  
Die Bergarbeiter hatten vielfach zu beklagen, daß sie selbst auf  
Kohlen warten mußten, wenn sie solche für ihren Hausbedarf ein-  
kaufen wollten. Auch eine Bestätigung der alten Forderungen, daß  
die, die die Kohlen zu Tage fördern, selbst frieren müssen,  
Grube „Heinrichsgrube“ will ebenso wie „Bismarck“ bewilligen,  
nur die Arbeitszeit nicht; die „Kositzer Werke“, 2 Gruben  
bewilligen alle Forderungen, diese Gruben haben allerdings schon  
seit längerer Zeit bessere Arbeitszeiten und Löhne, wie alle übrigen  
Werke. Sie liefern auch die Kohle für den Hausbedarf billiger. Grube  
„Goldig“ bewilligt ebenfalls bis auf die Arbeitszeit, ebenso die  
Gruben „Glück auf“ und „Festung“. Die verkürzte Arbeitszeit  
ist allen ein Dorn im Auge, trotzdem die Forderung nur  
lautet: Vom ersten April 1900 ist die eigentliche  
Arbeitszeit um eine Stunde zu verkürzen. Ebenso  
ist es mit der allgemeinen Lohnhöhung um 10 Proz.; die  
Verwaltungen meinen, daß die Häuer und Wagenschieber schon genug ver-  
dienen (Durchschnittslöhne sind hier 3,50—3,75 M.), sie wollen deshalb  
nur die Löhne der über Tage beschäftigten Arbeiter, die heute von  
2 M. bis 2,60 oder 2,70 M. verdienen, um 10 Proz. aufbessern.  
Auf Grube „Preßlig“ hat der Direktor am Montagvormittag  
erklärt, daß er erst in etwa ein bis zwei Tagen über die ersten  
beiden Forderungen Antwort geben kann, die übrigen Forderungen  
würden bewilligt werden. Grube „Marie“ will am 1. März 5 Proz.  
Lohn mehr bewilligen und am 1. September die weiteren 5 Proz.  
Grube „Fortschritt“ will in einigen Tagen Antwort geben, da die  
Verwaltung sich erst schlüssig machen will. Gruben „Otto“ und  
„Kiesersgrube“ wollen in bezug der letzten Forderungen entgegen-  
kommen, die Lohnhöhung wird abgelehnt, auch die Verkürzung der  
Arbeitszeit. Grube „Gertrudschacht“ läßt sich auf die Lohnhöhung nicht  
ein, auch nicht auf Verkürzung der Arbeitszeit, oder will die Ver-  
kürzung drei Schichten und achtstündige Arbeitszeit einführen. (All-  
gemeines Bravo der Versammelten.) Wolkensrichtung ist vorhanden,  
für Ventilation soll geforgt werden. Auch die weiteren Forderungen  
sollen möglichst berücksichtigt werden. Grube „Schäfersgrube“ hat  
keine Kommission gewählt, doch hat ein Kamerad angekündigt. Die  
Direktion stellt sich genau wie die vorstehenden Gruben. Gruben  
„Brudergrube“, „Brennengrube“ und „Bereinsgrube“ sind nicht ver-  
treten, diese Gruben haben noch keine Kommissionen gewählt.  
Grube „Agnes“ hat nicht bewilligt, sie hält die Forderungen für  
Illusionen! Grube „Union“ wird auch erst am Dienstag vor-  
steigen, auch die „Erasgrube“, Grube „Spera“ und „Al-Preßlig“.

Die Verichte hatten hiermit ihr Ende erreicht. In der Diskussion  
zeigte sich eine starke Verstimmung wegen des geringen Entgegen-  
kommens der Grubenverwaltungen. Die Versprechungen, daß man  
für bessere Ventilation sorgen werde, wurde nicht allzu hoch be-  
wertet, da man nicht weiß, wenn solche Versprechungen in Erfüllung  
gehen. Nebenbei verhält es sich mit einigen andern Zugeständnissen  
nach der Richtung. Man einigte sich deshalb dahin, den Herrn  
Fabrikinspektor in Altenburg zu bitten, die Vermittlung zu über-  
nehmen. Sodann beschloß man, an den Forderungen festzuhalten.

Aus Halle wird uns geschrieben: Die Zahl der Strei-  
kenden beträgt 1200, jedoch dürfte sich dieselbe durch die in dem  
hiesigen Revier gefassten Beschlüsse bedeutend vermehren. Vom Streik  
ergriffen sind bis jetzt die Gruben: „v. d. Heydt“, „Hermine“  
bei Orendorf, „Albara“, „Kiesensgrube“ bei Zwini-  
schona, „Brundorf“, „Kielesener Bergbauverein“,  
Grube „Altjherden“, „Friedrich Wilhelm“ und „Karl  
Krust-Schacht bei Trotha“. Es haben sich keine Gruben an  
den Streik beteiligt, wovon man nicht gewußt hatte. Die Bergleute  
haben hier teils noch mit zwölfstündiger Schichtdauer zu kämpfen.  
Direktor Bierfogel vom Bergbauverein hat der Kommission  
seiner Weisheit heute erklärt, 10 Proz. Lohnzuschlag könne er  
durchaus nicht geben. Dänern wollte er 15 Pf. und Förder-  
leuten 1. Klasse wollte er 10 Pf. pro Tag bewilligen. Den  
Lehrergruben-Arbeitern versprach er nichts. Die Lohnzahlungen wollte  
er nach Wunsch erfolgen lassen. Die Wolkensrichtung hielt er  
nicht für zu ernsthaftig, da sie dort, wo sie bestanden, teils ein-  
gebrochen wären. Ueber die Verkürzung der Arbeitszeit will er erst  
Ermittlungen anstellen. Die Streikenden gingen darauf nicht ein.  
Zum Mittwoch sind die Bergverlöbverwaltungen, sowie die Vertreter

der Bergbehörden und die Delegierten der Bergarbeiter zu einer  
Einigungsabrede zusammenberufen. Seitens der Arbeiter ist  
alles vorwärts worden, die Dinge zum Besten zu führen. Am Mit-  
woch wird es auch in Leipzig-Weihenfeld zur Entscheidung kommen.  
Im Mansfelder Becken ist es noch nicht zum Ausstand gekommen.  
Aus dem Jänkauer Revier wird uns berichtet: In letzter  
Stunde verließen die Grubenbesitzer mit Unterstützung des hgl. Berg-  
amts die streikenden Bergleute zur Arbeit zu bewegen,  
indem sie folgenden Anschlag zur Öffentlichkeit abgeben:

Bestimmung den Arbeiterausgang betr.  
Anschließend besteht in gewissen Bergarbeiterteilen die An-  
sicht, es könne eine Arbeitseinstellung dann nicht zu einer  
auf Grund von § 80a Ziffer 5 und 6 des Allgemeinen Berg-  
gesetzes erfolgenden Entlassung des Arbeiters und zu dem  
hiermit verknüpften Verluste seines Anspruchs auf den  
rückzahlbaren Teil der Pensionsansprüche. Wei-  
ter zu führen, wenn die Arbeitseinstellung auf Grund einer vor-  
herigen Verabredung zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeits-  
bedingungen (wie es oft heißt, auf Grund der Anwartschaftsfrage) er-  
folgt. Diese Ansicht ist unzutreffend. Auch die in einem Ausstand an-  
getretenen Arbeiter sind solche, welche im Sinne von § 80a,  
Ziffer 5 des Allgemeinen Berggesetzes, ohne Urlaub und ohne  
irgendeine Entschuldigung von der Arbeit wegblieben, und zwar  
auch dann, wenn sie, wie es jetzt vielfach geschieht, sich zum  
Streik abmelden. Eine solche „Entschuldigung“ kann im Sinne  
des Gesetzes als eine „fristige“ nicht angesehen werden. Dies ist  
auch die Auffassung, welche seither unter Beirath der Oberbehörden  
von den Bergschiedsgerichten bei ihren Entscheidungen befolgt  
worden ist.

Freiberg, den 19. Februar 1900.

Königliches Bergamt.  
Dr. Kreyßmar.

Sollte tatsächlich die in obigem Anschlag niedergelegte Ansicht,  
bei Arbeitseinstellungen auf Grund von § 152 der Gew.-O. trotz alledem  
§ 80a Ziff. V des sächs. Berggesetzes als zu Recht bestehend erkannt wird,  
beschäftigt werden, dann ist das reichsgesetzlich gewährleistete Streik-  
recht für die sächsischen Bergarbeiter aufgehoben. Doch kann dem  
nicht so sein, denn noch sind wir nicht so weit, das Landesgesetz Reichs-  
gesetzlich machen können und daß die Entscheidung hierüber  
der Willkür der Landesbehörden unterliegt. Hierüber müssen die  
ordentlichen Gerichte zur Beurteilung angerufen werden, denn es  
handelt sich in diesem Fall um nicht unerhebliche Vermögens-  
schädigungen. Diese Ausdeutung des Bergamts ist freilich dazu  
angehen, die Streikenden wankelmütig zu machen, und es bedarf  
der intensivsten Aufklärungsarbeit seitens der führenden Parteien, um  
die Menge von der Verleumdung der bergamtlichen Auffassung zu  
überzeugen. Diese Arbeit ist um so schwieriger, da jede  
Versammlung verboten ist und sogar die Verbreitung von auf-  
klärenden Flugblättern von überleitigen Gesetzeshütern gehemmt wird.

Soweit sich bis jetzt die Situation übersehen läßt, ist ein Erfolg  
auf Grund obigen Anschlags, außer einigen unzuverlässigen Elementen,  
nicht zu konstatieren, eher ist, und wie auch heute, Dienst-  
tagmorgen auf einigen Werken tatsächlich geschoben, ein Zuwachs  
anzunehmen. Eine genaue Zahl der Streikenden anzugeben, ist auch  
heute noch nicht möglich infolge des ausgedehnten Streikgebietes,  
welches eine übersichtliche Zusammenstellung sehr erschwert, jedoch ist  
als sicher anzunehmen, daß 7000 Bergarbeiter sich im Streik  
befinden. Im ganzen genommen ist der Geist unter den Streikenden  
ein guter und glaubt man, daß die bergamtliche Veramtung ohne  
Wirkung bleibt.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

### Zum Streik der Berliner Möbelsticker.

Nach dem uns zugehenden Bericht haben am Dienstag  
55 Meister die Forderungen bewilligt, so daß insgesamt 145 Meister  
mit 1500 Arbeitern unter den neuen Bedingungen arbeiten lassen.  
Unter den Werkstätten, die bewilligt haben, befinden sich einige größere,  
in denen am Montag die Tischler in den Ausstand traten. Die Zahl  
der Ausständigen hat sich dadurch verringert, trotzdem noch 29 Werkstätten  
am Dienstag in den Ausstand getreten sind. Die Zahl der Streikenden  
beträgt 6650 Mann. Während die Meister, die der freien Vereinigung  
nicht angehören, in den meisten Fällen bereit sind, sich mit den Ge-  
sellen zu verständigen, lehnten die Mitglieder der freien Vereinigung  
Verhandlungen mit ihren Arbeitern ab. Wenn die Herren  
glauben, die Streikenden dadurch wankelmütig zu machen, dann  
irren sie sich, die Einmütigkeit der Arbeiter wird dadurch nur  
gestärkt. Unter den Unverheirateten macht sich bereits schon die Keigung  
bemerkbar, abzureisen, doch wird darüber erst in der heute  
abend stattfindenden Vertrauensmänner-Versammlung Bescheid  
genommen.

In Weihenfeld wurden in 14 Werkstätten mit 110 Mann die  
Forderungen bewilligt, 26 Werkstätten mit 215 Mann stehen im  
Ausstand.

In einer von 4000 Personen besuchten Versammlung, die am  
Dienstagvormittag in Kellers Sälen tagte, wurde den Streikenden  
Bericht erstattet und zum einmütigen Vorgehen aufgefordert. Der  
Antrag war so stark, daß Hunderte vor dem Lokal auf das  
Ergebnis der Beratung warten mußten. Es zeigte sich allgemein  
eine Einmütigkeit in der Auffassung, daß die nur sehr  
geringen Forderungen mit aller Entschiedenheit durchgesetzt werden  
müssen.

Die lokalorganisierten Tischler geben bekannt, daß sich ihr  
Bureau Pollackenstr. 9 bei D. Franke befindet. Es ist geöffnet  
von 10—4 Uhr.

Das Bureau der Möbelsticker befindet sich bei Scheere,  
Blumenstraße, und haben sich dort von 9—12 Uhr die Streikenden  
zu melden.

Das Bureau der an Holzbearbeitungs-Maschinen be-  
schäftigten Arbeiter befindet sich kleine Andreasstr. 15 bei Schmidt.  
Dort haben sich alle Arbeiter zu melden, die durch den Streik der  
Tischler in Mitleidenschaft gezogen sind. Geöffnet ist das Bureau  
von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

**Der Streik der Schaffner und Aufsicher der Wirtschafts-  
genossenschaft.** Die bürgerlichen Blätter nahmen Veranlassung,  
über einen Streik der Schaffner und Schaffner obigen Betriebes zu  
berichten, wobei die Arbeitsverhältnisse so gut hingestellt wurden, als  
ob der Streik nur aus Übermut ausgebrochen wäre. Der wahre  
Sachverhalt ist folgender:

Die Arbeiter im Müllabfuhrbetriebe haben bei der schlechten  
Witterung, dem starken Schneefall mit besondern Schwierigkeiten  
zu rechnen. Die Arbeitszeit beginnt morgens um 4 Uhr und  
endet des Nachts oft um 11 auch 12 Uhr. Die Aufsicher haben  
die Bedingung zu erfüllen, daß zwei Jahren gefahren werden.  
Die Herren Direktoren saßen sich in den Bureaus sehr wohl,  
sie haben keine Kenntnis von den Leiden der Schaffner  
und Schaffner. Bei dem schlechten kalten Wetter entstehen  
viel Unfälle. Die Wagen kommen nicht vorwärts, da die Pferde nicht  
laufen können und es entsteht so eine Tierquälerei der schlimmsten  
Art. Die Schaffner erhielten einen Tagelohn von 4 M., der aber  
vermindert wurde durch hohe Abzüge für Strafen. Ein Schaffner  
mußte vor kurzem seinen Wochenlohn vor dem Gewerkschafts-  
Einlegen, da die volle Summe für Strafgebühren einbehalten wurde. Die  
Schaffner verlangten nun einen Wochenlohn von 30 M.; da ihnen dieser  
Lohn nicht gewährt wurde, legten sie am Sonntag, den 17. d. M.  
freit, die Arbeit nieder. Die Aufsicher schloßen sich dieser Forderung an  
und da zwei gemachgelt wurden, vereinbarte man, daß die Arbeit  
nicht früher aufgenommen werde, bis die Aufsicher die schriftliche  
Erklärung abgegeben haben, daß die alten Aufsicher wieder ein-  
gestellt sind. Die Organisation des Verbands aller im Handels-  
und Transport-Gewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Berlins  
nahm die Sache in die Hand und es fanden bereits Verhandlungen  
mit der Wirtschaftsgenossenschaft und den Fuhrherren statt. Die ge-  
wählte Kommission kam auch zu einem guten Resultat und wurden

den Schaffnern 27 M. pro Woche und denen, welche bereits 1 Jahr beschäftigt sind, 28 M. bewilligt. Die Lohnzahlung soll statt früher Sonntags jetzt Freitag erfolgen, auch werden die Kantionen ausgezahlt und sollen keine Maßregelungen stattfinden. Die Kutscher erhalten ebenfalls 27 M. und für Sonntags früh 1 M. extra. Der Streik ist somit beendet und die Schaffner und die Kutscher können mit dem Ausgang zufrieden sein.

### Deutsches Reich.

**Der Redacteur Hue** von der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ in Bochum wurde am Montag nach neunstündiger Verhandlung wegen Verleumdung des Ministeriums des Innern von der Strafkammer in Koburg mit Hilfe des ambulanten Gerichtsstandes zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er behauptet hatte, Geheimrat Jäger habe vor der Verstaatlichung des Größelbruchbetriebes in Steinach später nicht gehaltene Versprechungen gemacht und die Lage der Arbeiter jetzt eher verschlechtert als verbessert.

**Der größte Teil der streikenden Zinkhüttenleute** in Lipine ist am Montag früh zur Arbeit zurückgekehrt; im Ausnahmefall verharren noch ca. 100 Arbeiter; die Zinkhüttenleute in Chropaczow dagegen sind im Ausnahmefall verblieben.

Ein neuer Streik droht in Schwientowlozy unter der Leitung der gräflich Hensel-Donnermarsch'schen Kohlengrube „Deutschland“ auszubrechen. Die Arbeiter dieser Grube haben an ihre Bewaltung die Forderungen gestellt, die Lohn- und Bedingensätze um 25 Proz. zu erhöhen und die Arbeitsstunden einzuführen.

**Wegen Verleumdung des Secretärs des Münchener Arbeiterbundes**, Herrn Habersdrummer, wurde Bringham, der Redacteur des „Zimmerer“, zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Habersdrummer hatte auf dem Karlsruher Unternehmertage in gefährlicher Weise gegen die Gewerkschaften geredet und war dafür im „Zimmerer“ etwas hart angegriffen worden.

**Die Textilarbeiter in Düsseldorf** treten an die dortigen Firmen der Reihe nach mit ihren Forderungen heran. Haben die Forderungen bei Wandler die schon mitgeteilten Differenzen mit der Firma nun zur ihren Gunsten geregelt, so sind jetzt die Textilarbeiter von Herzfeldt Söhne mit den folgenden Forderungen an die Fabrik herantreten: Zehnstündige Arbeitszeit für die Arbeiter in sämtlichen Betrieben, Regelung der Ruhepausen und Abschaffung der ungerechten Strafen, wo nachgewiesen ist, daß ein Verschulden der Arbeiter nicht vorliegt. Nach Herzfeldt Söhne haben viele Arbeiter bis zur Stunde noch 14-16stündige Arbeitszeit. Die Christlichen Quereinnehmer ärgern sich natürlich, daß der Textilarbeiter-Verband diese Lohnbewegungen leitet; darum Gründung eines „christlichen“ Verbandes. Die meisten Textilarbeiter sind aber so vernünftig, von den „Kreuz-Christlichen“ nichts wissen zu wollen.

**Schuhmacherstreik.** In Ne-y haben am Sonntag 40 Arbeiter der Schuhfabrik E. Legries wegen Lohnreduktion die Kündigung eingereicht.

### Aus der Frauenbewegung.

Mit dem Vorgehen der ärztlichen Ständevereine gegen die Krankenassen-Kerzinnen wird sich eine öffentliche Versammlung beschäftigen, die, vom Verein für Frauenstudium (Anita Augspurg) veranstaltet, am 28. Februar im Industriegebäude, Weuthstr. 19/20, tagen wird.

### Sociales.

**Ueber das internationale Arbeiterschutzwort** sagt das eidgenössische Handels- und Industrie-Departement in seinem Bericht für 1890:

„Die wiederholt im Nationalrat gemachte Anregung, betreffend Errichtung eines internationalen Amtes für Arbeiterschutz, welche von der Schweiz schon am Berliner Kongress von 1890 erfolgreich beantragt worden war, kam in den Parlamenten einiger Staaten zur Sprache. Das Industrie-Departement erlangte nicht, über den genannten Sachverhalt durch die schweizerischen Gesandtschaften sich informieren zu lassen und Erläuterungen darüber einzuziehen, welche Meinung bei den Regierungen jener Staaten über die Angelegenheit und über die Eröffnungen allfälliger Unterhandlungen bestünde. Nach den eingegangenen Verträgen wird hierdurch die Gründung eines internationalen Amtes ein Vorteil für den Staat nicht erlöst, da dieser selbst für die entsprechenden Publikationen Sorge; dort war man geneigt, auf vorläufig vertrauliche Besprechungen einzutreten; andererseits erklärte man das Vorhandensein des Bedürfnisses einer solchen Erklärung noch weniger als früher anerkennen zu können, da eine Reihe der in Betracht kommenden Staaten bereits eigene Arbeitsschutzwörter eingerichtet hätten usw. Eine genügend breite Grundlage zu weiterem Vorgehen konnte ebenfalls nicht gefunden werden; die Angelegenheit werden wir selbstverständlich im Auge behalten.“

### Versammlungen.

**Die Kleber (Tapezierer)** hielten am 20. d. M. vormittags eine Versammlung ab, um den Situationsbericht vom Streik entgegenzunehmen. Nach dem Referat des Tapezierers Wessm arbeiteten 210 Kleber zu den neuen Bedingungen, 115 sind noch unabhängig. Unter Hinweis auf den überaus günstigen Verlauf des bisherigen Streiks forderte der Redner unter allgemeinem Beifall zum ferneren Zusammenhalten auf. Des weiteren gab Carlipp bekannt, daß er bei einer Recherche auf äußerste bedroht worden sei. Noch lebhafter Debatte hierüber wurde durch Annahme einer Resolution beendigt, daß die Kleber gewonnen sind, in energischer Weise den Kampf fortzusetzen.

**Die Möbelpolierer** (Zitate Nord) hielten am 12. Februar eine Versammlung ab. Dieselbe ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Bayle. Alsdann sprach Genosse Kiesel in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über die Aufhebung des Verbindungsverbots.

**In einer Versammlung der Schlächtergesellen**, die am Sonntag tagte, wurde nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag des Hl. J. da Wittmann die Gründung einer eigenen Berufszeitung erörtert. Reslitzke betonte die Notwendigkeit eines derartigen Organs. Das Blatt soll unter dem Namen „Fleischerzeitung“ vom 1. März d. J. ab erscheinen und soll für Mitglieder des Schlächtergesellen-Verbandes 5 Pf., für Nichtmitglieder 10 Pf. pro Nummer kosten. Nach einer längeren Besprechung wurde der Vorschlag von der Versammlung einstimmig angenommen. Hierauf wurde, da Reslitzke mit anderen Arbeiten überhäuft, Dpig als Delegierter zum Gewerkschaftsamt gewählt.

**Die Steinarbeiter** waren am Sonntagnachmittag zahlreich versammelt, um zunächst die Frage über die Erhebung einer Extrasteuer zur Begleichung der Streikunterstützungen zu erledigen. Die Versammlung billigte gegen eine starke Minderheit den Beschluß der Centralleitung. Danach haben alle arbeitenden Steinarbeiter vom Sonnabend, den 24. Februar ab pro Woche 50 Pf. auf Listen zu zahlen. Die Vertrauensleute haben auf allen Arbeitstätten durch Abstempelung der Blätter die Kontrolle zu veranlassen. Der Bezug des Verbandsorgans wurde durch Postabonnement empfohlen.

Bei der Beratung über die Anträge zum Kongress entspann sich eine mehrstündige, oft sehr erregte Besprechung über die Anstellung eines dritten befohlenen Beamten. Unter Ablehnung eines Antrags Hietmann, die Beratung darüber zu vertagen, um dem nach München gereisten Mitschke später Gelegenheit zu geben, den Antrag eingehender zu begründen, wurde mit großer Mehrheit diese Forderung verworfen. Die Beratung der übrigen Punkte wurde wegen vorgerückter Zeit vertagt. Den Hinterbliebenen eines Verstorbenen wurden 20 M. einem gemäßigten Kollegen 30 M. bewilligt. Vorlauf erinnert zum Schluß daran, daß nach dem mit den Unternehmern getroffenen Vereinbarungen vom 1. März d. J. ein Stundenlohn von 70 Pf. bei achtstündiger Arbeitszeit einzuführen ist. Alle Steinarbeiter sind verpflichtet, die strenge Innehaltung dieser erzwungenen Forderung zu verlangen. Etwas Beschwerden sind sofort an den Altgesellen, bezw. an Vorlauf zu richten.

**Der Centralverband deutscher Maurer** (Zitate N) tagte am 15. Februar. Frenzel referierte über die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart. In der Diskussion ging Frenzel hauptsächlich auf die in Zukunft zu befolgende Politik der deutschen Maurer ein. Er hob hervor, daß es vor allen Dingen unsere Aufgabe sei, für einen starken Kampffonds zu sorgen. Eine Summe von 500 000 M. bei 80 000 Mitgliedern, wo auf den Kopf des Mitgliedes noch nicht 10 M. kommt, sei in Zukunft absolut unzureichend. Die Erhöhung der Beiträge sei wohl nicht angängig, jedoch wäre immerhin zu erwägen, ob nicht auf dem demnächstigen Verbandstag die Beiträge zu dem Streikfonds obligatorisch eingeführt werden können. Die Kollegen sollten aber auch im laufenden Jahre ihre Opferwilligkeit nicht vergessen, so daß wir mindestens am Jahresabschluss auf einen Millionenfonds blicken können. Bei all dem dürfe aber auch die Agitation nicht hintenan gesetzt werden. Vor allen Dingen sei Westfalen, Schlesien, Ost- und Westpreußen in Anspruch zu nehmen, weil und gerade aus diesen Gegenden bei späteren Kämpfen Gefahr droht. Auch müsse voll und ganz bei Einleitung von Lohnbewegungen nach dem Statut verfahren werden; ein jeder Streik müsse drei Monate vorher beim Vorstand gemeldet werden, damit eventuelle Verhandlungen mit den Unternehmern rechtzeitig angebahnt werden können. Bei Gründung von Zahlstellen muß darauf geachtet werden, daß neben den Verbandsbeiträgen sofort ein Streikfonds eingeführt wird, ohne Rücksicht auf den vielleicht noch vorhandenen Indifferenzismus einzelner Kollegen.

Sodann wurde unter Verschiedenem bekannt gegeben, daß die Maurer gehalten sein sollen, von jedem Bau, wo schlechter Mörtel verarbeitet wird, der Kommission zur näheren Untersuchung Mitteilung zu machen. Ferner wurde Beschwerde erhoben gegen einzelne Kollegen, die bei Kontrolle der Statistik sich zurückhaltend verhielten. Man gab der Meinung Ausdruck, daß es die Pflicht aller Kollegen sei, bei der Statistik die kontrollierenden Bezirksführer zu unterstützen.

**Die Pankower Arbeiterschaft** nahm am 15. d. M. in einer öffentlichen Volksversammlung zu der Flottenvorlage Stellung. Das interessante Referat des Reichstags-Abgeordneten Klee wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Da sich trotz wiederholter Aufträge Gegner zum Worte nicht meldeten, nahm man von einer Diskussion Abstand. Die Berliner Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen. Dann erstattete Frenwaldt im Namen der Kommission zur Gemeinderatswahl Bericht, und wurden die Genossen Klingenberg und Freiwaldt als Kandidaten für die Gemeinderatswahl aufgestellt.

**Berein Berliner Mechaniker.** Mittwoch, den 21. Februar, abends 9 Uhr, Versammlung des Herrn Ingenieur Ollsen von der Union Electricitäts-Gesellschaft über „Bau und Betrieb elektrischer Straßenbahnen“ (mit Vorlesung). — Sonntag, den 25. Februar, abends 11 Uhr: Besichtigung des neuen physikalischen Labors der Technischen Hochschule in Charlottenburg unter Führung des Herrn Prof. Dr. G. Rubens. — Versammlung bis 10<sup>1/2</sup> Uhr vor der Hochschule (Berlinerstraße) an der Charlottenburger Brücke.

**Berein selbständiger Fenstlerputzer.** Heute abend: Außerordentliche Sitzung, Wallstr. 32/33.

### Der Krieg.

Eigentlich neue Nachrichten über die Vorgänge auf dem westlichen Kriegsschauplatz liegen nicht vor. Sicher, aber schon bekannt ist nur, daß auf dem Gebiet um Kimberley keine Boeren mehr stehen. Sie haben sich in den Orange-Freistaat zurückgezogen. Ob sie aber vor der nachrückenden englischen Armee fliehen, oder geduldet Stellungen erreicht haben, oder gar von den Engländern umzingelt sind, darüber liegen einwandfreie Meldungen nicht vor. In England verbreitete Gerüchte verkünden freilich eine solche Umzingelung der Boeren-Armee unter Cronje. Der „Standard“ sagt in einem Leitartikel: Gerüchten zufolge, die andauernd gestern abend im Unterhause umliefen, hat General French die von ihm verfolgten feindlichen Truppen bereits überholt und das Boerenheer von ihrem Operationsziel bei Bloemfontein abgeschnitten. Der „Standard“ ist der Ansicht, daß, wenn dies wirklich der Fall sein sollte, die Westarmee der Boeren aufgehört habe, zu existieren. — „Daily News“ teilt mit, sie habe von einem Minister erfahren, daß auf dem Kriegsschauplatz Nachrichten eingetroffen seien, denen zufolge General Cronje völlig umringt sei.

Nun, wenn der Minister derartige sichere Nachrichten hätte, dann würde er wohl für deren amtliche Veröffentlichung sorgen. Vorläufig kursieren aber auch noch andre Gerüchte. Es ist zwar nicht unmöglich, daß French auf einem andern Wege die Boerenarmee überholt hat. Aber er selbst könnte dadurch in argen Kreuzfeuer kommen. Die Freistaat-Boeren, die bisher zu Jouberts Heer in Natal gehörten, sind nämlich nach ihrer Heimat abgerückt, und vermutlich sind sie bereits von Bloemfontein aus auf dem Weg nach der Grenze, um Cronjes Truppen zu verstärken. Zwischen diese Abteilungen der Freistaater und das Hauptheer Cronjes kam French bei seinem Versuch, dieses zu umzingeln, geraten sein. Delarey, der die Boeren bei Colesberg und Neusburg beschützt, scheint die Absicht zu haben, vom Orangefluß her Cronje zu Hilfe zu kommen. Wie der Ausgang des Robert'schen Vorstoßes ins Boerenland sein wird, ist also noch sehr ungewiß.

**Die Proklamation an die Orange-Boeren** begegnet nach einem Telegramm aus Lourenço Marques bei diesen nur offenem Hohn und hat absolut keine Aussicht auf Erfolg, da die Freistaatler entschlossen sind, mit den Boeren der Republik Transvaal zu siegen oder zu sterben.

Einen eben solchen Erfolg würde auch wohl die Maßregel haben, die nach der folgenden Londoner Meldung beabsichtigt ist. Es verlautet danach in London, England beabsichtige, bei Gelegenheit des 40. Jahrestags der Unabhängigkeitserklärung des Freistaates einen großen Schlag zu führen. Lord Roberts soll beauftragt sein, an diesem Tage eine Proklamation an die Bürger des Freistaats zu richten, worin er ihnen das Versprechen giebt, ihre Unabhängigkeit zu sichern, wenn sie die Waffen niederlegen, ihre Verbündeten ausgeben und England allein mit Transvaal abrechnen lassen.

Die Orange-Boeren müßten Kaufleute sein, wenn sie sich auf solchen Verrat ihrer Stammesgenossen einließen.

### Vom mittleren Kriegsschauplatz

verzeichnen wir heute die folgende wichtigere Meldung: **Krondel**, 19. Februar. In dem Gebiet um Krondel stehen anscheinend nur wenige Boeren. Bei einer am Sonnabend vorgenommenen Reconnoissance wurden nur 600 Boeren gesehen, und seitdem sind fast gar keine beobachtet worden. Wahrscheinlich bleiben 1000 oder 2000 Mann des Heindes bei Colesberg, während 10 000 Mann von Colesberg zurückgezogen werden, um den von Westen her in den Orange-Freistaat eindringenden englischen Truppen entgegenzutreten. Von Hannover Road Station kommende englische Patrouillen begegneten gestern denjenigen von Krondel; es hat sich herausgestellt, daß in dem Gebiet zwischen Hannover und Krondel keine Boeren stehen.

### Aus Bullers Lager

wird berichtet: Während General Buller seine Bewegung am nördlichen rechten Flügel fortsetzt, traf er gleichzeitig alle nötigen Vorkehrungen zur Verteidigung seiner Stellung auf seinem linken Flügel und schließlich vom Tugela und ließ zu diesem Zweck dort eine entsprechende Truppenmasse. Vereinzelt Boeren-Abteilungen überdrehten hin und wieder den Fluß und es kommt öfter zu Plänkereien.

Den „Daily News“ wird aus dem Lager von Chiebelech vom 19. Februar gemeldet: Die britischen Truppen haben jetzt alle Flügel rechts von Tugela, diesseits des Tugela befehligt, auch den

Hlangwane, der vom Heinde letzte Nacht geräumt worden ist. Die Einnahme des Hlangwane ist von großer strategischer Wichtigkeit, da er die Flanke der Verteidigungslinie der Boeren bei Colenso beherrscht.

### Freier Telegraphenverkehr mit Südafrika.

**London**, 20. Februar. Die Regierung läßt mitteilen, daß fortan der telegraphische Verkehr mit Südafrika gemäß den Vorschriften der Petersburger Konvention wiederhergestellt ist. Alle Telegramme müssen in verständlichem Text verfaßt sein.

### Eine Nachricht vom deutschen Roten Kreuz.

Dem Centralkomitee vom „Roten Kreuz“ ist von der in Jacobsdal befindlichen Expedition nachfolgende Depesche zugegangen:

„Modder River, 17. Februar, 4 Uhr 45 Min. nachm.

**Kanonade gut bestanden, alles wohl.** „Klitter.“

Es handelt sich bei dieser Kanonade um das Vorrücken der Robert'schen Armee beim Entzug von Kimberley.

### Letzte Meldungen.

**London**, 20. Februar. Die englischen Verluste in dem Kampfe an der Waterval-Drift am 15. d. M. sind: 2 Offiziere verwundet, 20 Mann verwundet und 6 vermisst.

**London**, 20. Februar. Buller telegraphiert unter dem heutigen Datum aus Mlawasfarm: Die Hüßler-Brigade nahm gestern den Hlangwane-Berg, der Colenso beherrscht. Der Heind hatte alle seine Truppen nordwärts des Tugela zurückgezogen. General Hart besetzte heute Colenso nach geringem Widerstande des schwachen Nachtrabs der Boeren. Die Engländer halten jetzt das Südufer des Tugela von Colenso bis Englewood besetzt. Der Heind scheint in vollem Rückzug zu sein und scheint nur die Position an der Bahnhöhle Colenso-Ladysmith mit schwachen Nachtrabsmannschaften zu halten. Paris Vortrab überschreitet zur Zeit den Fluß bei Colenso. Ich hoffe, daß meine Verluste gestern und heute nur gering sind.

### Kaiser und Papst.

**Röln**, 20. Februar. (W. T. V.) Bei dem heutigen Festmahle hielt Erzbischof Dr. Simar eine Rede, in welcher er seinen Dank für die ihm erwiesenen Ehrungen aussprach und das Versprechen abgab, der Erzbischof allezeit ein wahrer, treuer und opferfreudiger Hirte zu sein. Nach der „Röln. Volksztg.“ fuhr der Erzbischof fort: „Wie bisher soll auch in alle Zukunft mein einziger Ehrgeiz sein, den Ruf eines treu katholischen Bischofs mit zu wahren, und damit zugleich den eines treu patriotischen Bischofs. Der eine kann ja vom andern nimmer getrennt werden, so lange mit dem hehren Namen des Patriotismus eine der edelsten Tugenden bezeichnet wird, jene Liebe zu Pater und Vaterland, deren höchste Ziele, deren Grenze durch die göttliche Weltordnung bestimmt sind. Indem die Bischöfe durch die Pflege christlichen Glaubens und christlicher Sitte diesem ewigen göttlichen Befehle die Geltung zu sichern sich bemühen, die im privaten wie öffentlichen Leben ihm gebührt, schätzen sie die unentbehrliche Grundlage aller gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung und fördern sie eine der vornehmsten Bedingungen dauernder Größe und Wohlfahrt der Völker. Ich bitte Sie, hochgeehrte Herren, es als Beschäftigung meines Herzens anzusehen, unsern geliebten Kaiser, dem treuen, starken Schutzherrn des Völkerr Friedens und dem weisen, unermüdlichen Lehrer und Verehrer göttlicher Weltordnung und ihrer sozialen Befehle auf St. Petri den Ausdruck unserer dankbaren Verehrung darzubieten in dem Aufse: Seine Majestät unser allergnädigster Kaiser und König Wilhelm, und Seine Heiligkeit Papst Leo leben hoch!“

### Chamberlain in harter Bedrängnis.

**London**, 20. Februar. Im Unterhause kommt nach Erledigung einiger weniger wichtiger Anfragen nochmals „der Jameson-Einfall in Transvaal“ zur Sprache. Thomas (Liberal) beantragt eine Resolution, welche eine vollständige Untersuchung des Ursprungs der näheren Umstände der Verdrängung gegen die Regierung Transvaals und des Einbruchs in Transvaal mit bewaffneter Hand im Jahre 1895 für zweckmäßig erklärt. Indem ich diese Resolution beantrage, schließt Redner, stelle ich mich einzig und allein auf den Boden, daß es sich bei jenen Enthüllungen um Ehre und Ruf des Hauses und des Landes handelt. Es ist daher in dem Interesse der Nation, des Hauses und Chamberlains selbst eine volle gründliche Untersuchung durch ein unparteiisches unabhängiges Tribunal geboten, um für immer dem Argwohn, den Verdächtigungen und den Behauptungen, die gegen Chamberlain und sein Departement erhoben werden, ein Ende zu machen.“ (Beifall.) Nach dem sich Javans (Fre) in denselben Sinne geäußert hat, unterstützt auch Samuel Evans (Liberal) den Antrag Thomas. Chamberlain unterbricht den Redner: Ich verstehe nicht, was Evans mit seinen letzten Worten meint. — Evans fährt fort, er glaube, mit Ausnahme Chamberlains werde wohl jeder sonst im Hause Anwesende ihn verstanden haben. (Beifall bei den Radikalen.) Es bestehe die Annahme, daß es Einsätze gebe, welche geltend gemacht werden könnten, um zu verhindern, daß die Regierung der Wiedereröffnung des Untersuchungskommissars zustimme. (Aufse bei den Ministerialen: Was für Einsätze?) Die Untersuchungen des Ausschusses vom 1897 seien nicht erschöpfend gewesen. Wenn eine weitere Untersuchung stattgefunden hätte, würde der Ausschuss zu einem andern Schluß gekommen sein. Chamberlains Ruf sei angefochten, es sei somit seine Pflicht gewesen, dem Ausschuss alles ihm in Kolonialamt zur Verfügung stehende Material vorzulegen. Chamberlains Verhalten habe schweren Verdacht erregt. Er habe seine weitere Korrespondenz mit Pawloley über die Frage der Vorlegung der Telegramme Dawidsehs nicht vorgelegt. Chamberlain habe sich, indem er die Vorlegung der Telegramme unterließ, schweren Ungehorsams schuldig gemacht, und hätte vor das als Gerichtshof gestellt und im Glotzenraum eingekerkert werden müssen. Die Unterbrechung dieser Telegramme, die zweifelloso compromittierend gewesen seien, involviere die Mißachtung des Kolonialamts. Unter dem betäubenden Beifall der Ministerialen hält Chamberlain in leidenschaftlicher Erregung nimmer seine Erwiderungsrede. Er weist darin die Anklagen zurück und sagt, seit der letzten Untersuchung seien keine neuen Thatsachen vorgebracht. Das Ziel der Bewegung und der Intrigue sei ein politisches; er solle nämlich verhindert werden, an der Regelung der Transvaalfrage teilzunehmen. Eine neue Untersuchung lehne er rundweg ab.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Ein neues Gewehr.

**Paris**, 20. Februar. (W. T. V.) Deputiertenkammer. Im Verlauf der Beratung des Gesetzesentwurfes erklärt der Kriegsminister Galliffet: „Ich möchte Ihnen eine Ueberrasschung bereiten. General Deloive, der auch unsere ganze Artillerie umgestaltet hat, hat uns soeben durch eine ganz geringfügige Aenderung ein Gewehr beschafft, das in sechs Monaten im Gebrauch sein wird und das alles übertrifft, was gegenwärtig existiert.“ (Beifall.)

**Peking**, 20. Februar. (Meldung des „Kaiserlichen Bureaus“.) Der Kaiser empfing gestern das diplomatische Korps. Er soll sehr schlecht und angegriffen ausgesehen haben. Die Kaiserin war bei dem Empfang nicht zugegen.

Parlamentarisches.

Unfallversicherungs-Kommission.

In der Sitzung am Dienstag vernahm die Vertreter der Regierung sehr eifrig, einige kleine Liebesgaben an die Berufsgenossenschaft endlich zu bewilligen. Sie wollten nur die Auszahlungen der Berufsgenossenschaften an die Versicherten von der Post unentgeltlich leisten lassen, nicht aber die andern Auszahlungen, wie z. B. die an Kassen, Gemeinden und Armenverbände. Ferner wollten sie die Postkosten von der Verpflichtung befreien, die für die Auszahlung der Renten erforderlichen Summen anzulegen, die sie erst mehrere Wochen nach Ablauf des Rechnungsjahres von den Berufsgenossenschaften zurückhalten. Die auf diese Weise den Berufsgenossenschaften vorgeschossene Summe belief sich im letzten Jahre auf 83 Millionen und muß im Laufe der Jahre noch bedeutend größer werden. Die Regierungsvertreter schilderten eingehend die arge Mißstände, zu denen das jetzige System geführt habe. Die Kassenverwaltung der Reichsbehörden sei so kompliziert geworden, daß Abhilfe geschaffen werden müsse. Die Berufsgenossenschaften könnten jetzt den nötigen Vorschlag sehr leicht leisten, da sie auf Grund einer bereits vorgenommenen Veränderung die Beiträge von den versicherten Betrieben ebenfalls pränumerando einzuziehen berechtigt seien. Abgesehen hiervon aber könnten sie die zur Auszahlung der Renten erforderlichen Vorschüsse den Referendatsfonds entnehmen, die bereits weit über die im Gesetz vorgesehene Höhe angewachsen seien. Die Sozialdemokraten wiesen noch darauf hin, daß die den reichen Berufsgenossenschaften durch den Vorschlag der Post ersparten Zinsen im Betrage von mehreren Millionen durch indirekte Steuern, also zum größten Teil auf Kosten der armen Leute, aufgebracht werden. Trotzdem wurden die Anträge der Regierung abgelehnt. Die bürgerlichen Abgeordneten dachten nicht daran, auch nur auf den kleinsten Teil dieser Liebesgaben zu verzichten. Hier genierten sie sich nicht. Sobald es sich aber um ihre Selbstverwaltung handelte, wurden sie überaus feindselig. So gegenüber dem Antrage der Regierung, daß das Reichs-Versicherungsgesetz Vorschriften über die Kasse und Rechnungsführung erlassen dürfe. Eine solche Vorschrift wurde von den Regierungsvertretern als dringend notwendig erklärt, um arge Mißstände, namentlich in einzelnen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zu beseitigen. Das half aber alles nichts. Die Vertreter der Berufsgenossenschaften, wie sich die Herren in ihrem Eifer selbst wiederholt nannten, erklärten sich entschieden gegen eine solche Bevormundung. So wurde auch dieser Regierungsantrag abgelehnt.

Eine überaus bedeutsame Neuerung ist die, daß bei teilweiser Erwerbsunfähigkeit von 20 oder weniger Prozent der Entschädigungsberechtigten auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung abgefunden werden kann. Selbst der Staatssekretär des Innern gab zu, daß schwerwiegende Gründe gegen diesen Vorschlag sprächen, daß namentlich der Verunglückte die als Abfindung erhaltene Summe in kurzer Zeit nutzlos angeben könne und dann der Armenpflege anheimfalle. Deshalb erklärten sich auch die Konservativen gegen die Abfindung. Für dieselbe traten die andern bürgerlichen Parteien ein, weil durch die Abfindung der verunglückten Arbeiter ein größeres Kapital bestände und sich damit eine Existenz schaffen könne. Die Sozialdemokraten antworteten, daß in der Regel die als Abfindung gezahlte Summe zum Betriebe eines Geschäftes zu klein und deshalb in kurzer Zeit verloren sein werde. Sie beantragten, daß die Kapitalabfindung nur bei einer ganz geringfügigen Rente, nämlich bei einer solchen bis zu 10 Prozent statthaft sei. Durch diese Bestimmung würde zugleich der vom Reichs-Versicherungsgesetz befohlenen Praxis entgegengetreten sein, eine Erwerbsunfähigkeit bis zu 10 Proz. in gewissen Fällen als keine Erwerbsunfähigkeit hinzustellen und jede Rente dafür zu verweigern. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt, vielmehr die Kapitalabfindung bis zu einer Rente von 15 Proz. zugelassen. Um dem Verunglückten eine Kapitalabfindung nicht aufzudrängen, wird ein Zusatzantrag der Sozialdemokraten angenommen, nach dem die Abfindung nur mit Zustimmung des Verletzten erfolgen dürfe. Der so abgeänderte Paragraph wurde aber schließlich abgelehnt, da das Centrum nur schwach vertreten war. Indessen wird die zweite Lesung sicherlich zur Annahme der Kapitalabfindung führen.

Um den Berufsgenossenschaften und den Rentenempfängern eine Erleichterung zu verschaffen, wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der bei einer Rente unter 50 M. pro Jahr vierteljährliche Auszahlung vorschreibt.

Ist der Entschädigungsberechtigte ein Ausländer, so soll er nach dem Regierungsentwurf, falls er seinen Wohnsitz im Deutschen Reich aufgibt, mit dem dreifachen Betrag der Jahresrente abgefunden werden. Der sozialdemokratische Antrag, die Abfindung auf den fünffachen Betrag der Jahresrente zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Zu dem Paragraphen, der sich auf die Uebertragung der Ansprüche bezieht, wurde entgegen dem entschiedenen Widerspruch der Sozialdemokraten die Rente als verpfändbar erklärt für ein von dem Unternehmer dem Verunglückten gegebenes Darlehen, für geschuldete Beiträge, für zu Unrecht gezahlte Entschädigung u. dergl. m. Nächste Sitzung: Mittwoch.

Die Fleischbeschau-Kommission.

erledigte am Dienstag die zweite Lesung des Gesetzentwurfs. Seit der ersten Lesung waren zwei Monate vergangen; inzwischen hatten sich die Agrarier aller Fraktionen zusammengesunden und den Entwurf nach ihrem Geschmack abgeändert. Gegenüber den Beschläffen der ersten Kommissionsberatung hatten sie zwar einige kleine Abschwächungen ihrer agrarischen Forderungen vorgenommen, im großen und ganzen aber den Satz der Gesundheit nur zum Schutz hoher Fleischpreise demüht, so daß die Regierungsvertreter erklärten, daß der Entwurf in der von der agrarischen Mehrheit beschlossenen Fassung unannehmbar sei. Von Seiten unseres Genossen Wurm wurden verschiedene Verbesserungen des Entwurfs beantragt, aber von der kompakten Majorität stets niedergestimmt. Die wesentlichste Verschlechterung, welche die Agrarier vornahmen, betrifft die Einfuhr von Fleisch aus dem Auslande. Diese wird in einer gerode für die ärmere Bevölkerung sehr schlimmen Weise verhindert. Die Bestimmung lautet:

Die Einfuhr von eingepökeltem oder ähnlich zubereitetem Fleisch, ausgenommen Schinken, Speck und Därme, von Fleisch in Mägen oder ähnlichen Gefäßen, von Würsten und sonstigen Gemengen aus zerleinertem Fleisch in das Zollinland ist verboten.

Zu übrigen ist die Einfuhr von Fleisch in das Zollinland bis zum 31. Dezember 1903 unter nachstehenden Bedingungen gestattet:

Frisches Fleisch darf in das Zollinland nur in ganzen Tierkörpern, die bei Minderheit, ausschließlich der Häber, und bei Schweinen in Häften zerlegt sein können, eingeführt werden.

Mit den Tierkörpern müssen Brust- und Bauchfell, Lunge, Herz, Nieren, bei Mägen auch das Enter in natürlichem Zusammenhang verbunden sein; der Bundesrat ist ermächtigt, diese Vorschriften auf weitere Organe auszu dehnen.

Zubereitetes Fleisch darf nur eingeführt werden, wenn nach der Art seiner Gewinnung und Zubereitung Gefahren für die menschliche Gesundheit erfahrungsgemäß ausgeschlossen sind oder die Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit in zweifelsfreie Weise bei der Einfuhr sich feststellen läßt.

Nach Ablauf des im Abs. 2 bezeichneten Zeitpunktes ist die Einfuhr von Fleisch, ausgenommen Schmalz und Speck, Oleomargarine und Därme verboten.

Mit dieser Bestimmung würde Deutschland bei seinem Fleischbedarf ganz und gar den natürlichen zu den größten Freistreibereien bereiten Agrariern ausgeliefert und die Volksernährung auf das Ärgste gefährdet sein.

Bei den Plenarberatungen wird es sich zeigen, ob die Regierung auch hier wieder tapfer vor den Agrariern zurückweicht.

Kommunales.

Auf der Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am nächsten Donnerstagnachmittag 5 Uhr stehen u. a. folgende Punkte zur Beratung: Verichterstattung über die Vorlage, betreffend das Bauprogramm und den Vorentwurf zum Neubau einer dritten Irrenanstalt in Buch. — Desgleichen über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Vereinfachung der Mittel zur Gewährung von Vorschüssen an die Krankenhäuser für solche Personen, die, ohne der Armenpflege zu unterstehen, in der Zahlung der Verpflegungskosten vorübergehend im Aufstande sind. — Vorlagen, betreffend die Wahl von 7 Stadtverordneten für die Volkszählungs-Kommission. — Beantwortung einer Anfrage von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Richtbewilligung des Festivals im Rathause zu einer Giordano Bruno-Feier. — Die erfolgte Veranbahnung des neuen Straßeneinigungs-Depots in der Verlichingensstraße. — den Etat der Fleischschau für das von außerhalb eingeführte Fleisch für das Etatsjahr 1900 — und die Mietung von Mannen im Hause Wallstr. 72 für die Bureauzwecke der allgemeinen städtischen Betriebs-Krankenkasse. — die Festlegung des Stadthausalltags-Etats für das Etatsjahr 1900. — die Etats der Kanalisationswerke und der Miefelbäder, der Wasserwerke, der Markthallen, des Viehmartens, des Schlachthofes und der Fleischschau auf dem Schlachthof, der Gaswerke und der Hauptflasse der städtischen Werke für das Etatsjahr 1900. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betr. die Bereitstellung einer Summe von 50 000 M. zwecks Beschäftigung der Weltausstellung in Paris seitens einiger Beamten, Techniker, Arbeiter bezw. Handwerker der städtischen Betriebe.

Kohales.

Eine Giordano Bruno-Feier

Ist Montag abends zum Besten des Baufonds der Freireligiösen Gemeinde veranstaltet worden. Der große Kellerische Festsaal war gänzlich überfüllt, so daß man eng an einander sitzend oder in den Gängen stehend die Darbietungen des Abends entgegennehmen mußte. Ist eine derartige Gedenkfeier, die mit einem „geistigen Beisammensein“ schließt und schon von vornherein den Charakter eines solchen trägt, an sich schon eine etwas mißliche Sache, so wird der Zwiespalt zwischen Inhalt und Form der Veranstaltung noch verstärkt, wenn man zu viel geben will. Es war wohl kaum notwendig, ein Konzert von solcher Ausdehnung zu veranstalten, zumal die einzelnen Piecen nur in sehr loser Beziehung zur Bedeutung der Feier standen. Wenn man z. B. bei der Ouverture zur Bellinischen „Roma“ noch allenthalben in dem Schicksal des Helden der Oper eine Anspielung auf Bruno heraussuchen konnte, so läßt sich bei einer Gavotte von Seiffert beim besten Willen nichts entdecken, was ihre Aufführung rechtfertigt.

Die Gedenkrede auf Giordano Bruno hielt Professor Dr. A. Gehrlke. Ein freudiger Vortrag vom Sieg der Vernunft und des freien Menschentums, dazu ein kurzer Lebensabriß Vernos. Und doch genigten die wenigen Striche, mit denen der Vortragende das Bild des Gelehrten zeichnete, um in dem großen Saal so etwas wie eine feierliche Andacht sich verbreiten zu lassen, um in jedem Einzelnen jene Stimmung nachzurufen, die die Erinnerung an einen Heilshelden, an einen Märtyrer sich erzwingt. Wir sind sicher, daß diesen Tausenden allen in diesem Moment ihre eignen Schicksale und Sorgen nichtig vorkamen; man konnte das fühlen an der leidenschaftlichen und doch verhaltenen Erregung, die sich allen mitteilte, als der Vortragende von den letzten Augenblicken Giordano Brunos berichtete, wie er festen Schrittes den Scheiterhaufen bestieg und das ihm dargebotene Kreuz mit einer Gedärde des Unwillens zurückwies.

Als der Vortragende geendet, trat natürlich wieder das gefällige Beisammensein in sein Recht. Nur die später folgenden lebenden Bilder machten wieder tiefen Eindruck. In einer Reihe von einzelnen Szenen „Aus dunkler Zeit“ wurden die großen Gestalten vorgeführt, die der Menschheit neue Bahnen zeigten, und dafür vergiftet, gekrenzt oder verbrannt wurden. Mit Giordano Bruno schloß die Reihe ab, es folgte daraus gleich die Apotheose „der Sieg des Menschentums“. Es bedarf wohl der Erinnerung daran, daß zwischen dem 17. Februar 1900 und dem Sieg des Menschentums noch manche Märtyrer nötig waren und sein werden, wie die Helden der Kommune, die Opfer von Chicago oder die russischen Freiheitskämpfer, oder auch nur wie die Märtyrer des großpreussischen Systems, die von Ort zu Ort und ins Irig getrieben wurden. Der „Sieg des Menschentums“ kommt leider nicht so schnell, wie manche hoffen. Und wenn man Giordano Bruno heute, nach 300 Jahren, auch nicht verbrannt, so sucht man ihn doch zu ersiden. Die freisinnigen Berliner Stadthaupter sind keine römischen Pontatier; sie machen ihre Inquisition auf ihre Art. Der lebende Märtyrer ist Oberbürgermeister, da kann er schon dem toten Giordano Bruno das Wort verbiten.

Der Moabit „Mittelstandskandidaten“, sagt die „Staatsbürger-Zeitung“, in der „Vorwärts“ herunter zu ziehen, um die Wähler der Mieterpartei für den Arbeiterkandidaten Glode zu gewinnen. Diese Kampferung zeigt, daß die „Staatsbürger-Zeitung“ die Person des von ihr unterstützten Mittelstandskandidaten, des Herrn Wäckermeister Wolf, nicht genügend kennt. Man braucht diesen Mann wirklich nicht erst „herunter zu ziehen“. Wer ihn kennt, der ihn in seinen Versammlungen in seiner ganzen Hülloigkeit gesehen und gehört hat, der weiß ohnedies, was er wert ist. Wenn die „Staatsb.-Zig.“ sagt, wir suchten die Wähler der Mieterpartei zu uns „herüber zu ziehen“, so befindet sie sich wiederum in einem Irrtum. Selbst wenn wir Lust hätten, einen solchen Versuch zu machen, so wäre das bei der Zusammenfassung der in ihrem Kern national-social gesinteten Mieterpartei ein zu schweres Stück Arbeit, als daß wir nicht von vornherein an dem Gelingen verzweifeln sollten. Das zu erreichen, ist aber auch gar nicht nötig. Es genügt schon, wenn die an der Stichwahl nicht beteiligten Parteien sich dazu aufstellen können, einmal nicht mit der Reaktion gemeinsame Sache gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei zu machen. Ob sie sich dazu aufstellen werden, das ist allerdings die Frage — selbst bei der Mieterpartei ist es die Frage, obwohl die Führer und Anhänger gerade dieser Gruppe vor dem 14. Februar aufs nachdrücklichste erklärt haben, es sei ihnen vollständig unmöglich, in Herrn Wolf einen für das rote Haus geeigneten Mann zu sehen. Die „Staatsb.-Zig.“ meint, es werde sich bei der Stichwahl am 9. März zeigen, ob freisinnige und National-Sociale thätlich nur die „Vorwärts“ der Sozialdemokratie bilden und gegen den Mittelstandskandidaten für den Sozialdemokraten eintreten. Wer denkt da nicht an die Stichwahl im Moabit 45. Bezirk, wo am 27. November der Freisinn sich mit der Schande bedeckte, für den Bürgerpartei Ulrich einzutreten? „Vorwärts“ der Bürgerpartei“ wäre hier die richtige Bezeichnung.

Unsre Genossen in Moabit werden sich weder durch die Hoffnungen der „Volks-Zeitung“, noch durch die Befürchtungen der „Staatsbürger-Zeitung“ irre machen lassen.

Die Polizeiverwaltung der drei Städte Rixdorf, Schöneberg und Charlottenburg soll nach einem dem Abgeordnetenhaus zugewandten Gesetzentwurf dem Polizeipräsidenten von Berlin unterstellt werden, daß dieser in dem erweiterten Landes-Polizeibezirk das Oberhaupt bildet, sodas ihm auch das bisher vom Oberpräsidenten in politischen Angelegenheiten ausgeübte Einspruchsrecht übertragen wird. Der Bezirkspräsident für den Stadtkreis Berlin soll nach den Bestimmungen dieses Gesetzes die Zuständigkeitsrechte des jetzigen Bezirksausschusses in Potsdam in Polizeisachen erhalten. Soweit allerdings der Oberpräsident in Betreff der im Beschlußverfahren zu behandelnden Angelegenheiten für den Stadtkreis Berlin an Stelle des Bezirksausschusses zuständig ist, tritt er auch für die Stadtkreise Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf an die Stelle des Bezirksausschusses, auch in den Fällen der Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichts- Behörden und bei Abänderungsmaßnahmen in Bezug auf die Gewerbe-Ordnung soll der Polizei-Präsident die Entscheidung haben. Ferner finden noch § 8 Polizeivorschriften, welche von dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg für den Umfang der ganzen Provinz erlassen werden, auf die Stadtkreise Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf keine Anwendung. Bei dem Bezirksausschusse für den Stadtkreis Berlin, so bestimmt § 4, werden zwei Abteilungen gebildet. Die erste Abteilung ist zuständig für die polizeilichen Angelegenheiten aus den Stadtkreisen Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf, die zweite Abteilung für die sonstigen Angelegenheiten, die zur Zuständigkeit des Bezirksausschusses für den Stadtkreis Berlin gehören. Ein zweiter Gesetzentwurf, der der Begründung des ersten beigefügt ist, erstreckt sich auf die Uebertragung polizeilicher Befugnisse in den Kreisen Teltow und Niederbarnim sowie im Stadtkreis Charlottenburg auf den Berliner Polizeipräsidenten, der somit fast als höchste Instanz in Polizei-Angelegenheit in Berlin und seiner Umgebung fürderhin zu gelten hätte.

In Polizeisachen glaubt die Regierung sich ohne Gefahr das Groß-Berlin leisten zu können, das sie auf kommunalem Gebiet hauptsächlich aus Furcht vor der Sozialdemokratie nicht zu stande kommen läßt. Und doch drängt auch hier alles sozusagen mit Naturnotwendigkeit zur Eingemeindung hin.

In den hygienischen Vortragskursen, welche die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins für die Arbeiterklasse veranstaltet, wird gerade jetzt ein Thema behandelt, welches für das Proletariat das allergrößte Interesse hat: die Gesundheitspflege des Kindes. Gerade unter der Kinder der unermittelten Bevölkerung herrscht ja bekanntlich eine ungeheure Sterblichkeit, während in den besser situierten Kreisen in dieser Beziehung die Verhältnisse weit günstiger sind. Wirtschaftliche Ursachen sind es, die diesen Unterschied verschulden. Häufig genug fehlt der Proletariermutter Zeit und Geld, um dem Kinde die nötige Abwartung, die geeignete Nahrung und Pflege zu teil werden zu lassen. Soweit hierdurch die höhere Sterblichkeit der Proletarierkinder herbeiführt wird, kann auch eine noch so gute Unterweisung über das hygienisch Notwendige keine Abhilfe schaffen, weil es eben in diesen Fällen an dem Notwendigen fehlt. Aber häufig genug — darüber sind sich alle Kerze einig — würden die wirtschaftlichen Verhältnisse an sich eine den hygienischen Anforderungen entsprechende Abwartung des Kindes gestatten, es fehlt aber den betreffenden Müttern an den nötigen Vorkenntnissen, sie sind noch zu sehr in alten Vorurteilen und falschen hygienischen Anschauungen befangen. In den sogenannten „bessern“ Familien liegt es auch in dieser Beziehung günstiger. Da sorgt die Kontrolle und Aufsicht des Hausarztes dafür, daß eine entsprechende Belehrung der Eltern stattfindet, und verbietet so able Folgen. Die Arbeiterfamilien mühten eine solche Belehrung aber bisher fast durchgehends entbehren, und deswegen helfen auch in dieser Beziehung die von der Centralkommission veranstalteten Vorträge einen fühlbaren Bedürfnis ab. Hoffentlich macht aber nun auch die Arbeiterpartei und machen namentlich die Arbeiterfrauen von der ihnen gebotenen Gelegenheit Gebrauch und besuchen zahlreich die Vorträge, in welchen ihnen von sachverständiger ärztlicher Seite auseinandergesetzt werden wird, was zur Erhaltung der künftigen Gesundheit notwendig ist.

Es sprechen über die Gesundheitspflege des Kindes am 22. Februar Herr Dr. Auerbach in der 110/174. Gemeindefschule, Schönhauser Allee 168a, Herr Dr. Bloch in der 189. Gemeindefschule, Stephanstr. 27, und Herr Dr. Saulmann in der 40. Gemeindefschule, Gneisenaustr. 7.

Der Inhalt der Vorträge ist unentgeltlich. Eine Legitimation ist nicht erforderlich.

Zur Krankenhäuser. Die durchschnittliche tägliche Belegung der städtischen Krankenhäuser wird in dem Stadthausalltag pro 1900 erheblich höher als im laufenden Jahre angenommen, nämlich für das Krankenhaus Friedrichshain auf 900 statt 720, für das Krankenhaus Moabit auf 925 statt 850, für das Krankenhaus Urban auf 600 wie bisher, für das Krankenhaus Glinkiner Straße auf 150 wie bisher, also im ganzen auf 2575 statt 2320.

In der Angelegenheit der Fleisch-Kochanstalt auf dem Schlachthofe ist nunmehr die Voruntersuchung eröffnet worden. Das Verfahren richtet sich gegen den Pächter der Anstalt, Herrn Witterhof, den Aufsicht über den Keller für sinnges Fleisch, Schmalz und den Abnehmer Vange. Die Untersuchung führt Landgerichtsrat Brandt, die Verteidigung haben die Rechtsanwälte Dr. Schwindt und Dr. Wertheimer übernommen. Es werden einige dreißig Zeugen zu der Strafsache vernommen werden.

Markenverkaufsstellen. Eine Audienz bei dem Staatssekretär v. Pöddick hatte der Vorstand des Vereins Berliner Kolonialwarenhandeler, um dem Leiter des Postwesens die Bitte vorzutragen, Markenverkaufsstellen in den Berliner Geschäften zu errichten. Eine bindende Zusage konnte der Staatssekretär den Abgesandten der Berliner Kolonialwarenhandeler nicht machen. Der Verein hat deshalb beschlossen, nochmals an den Reichstag zu petitionieren. Es wird in Vorschlag gebracht, in den Geschäften alle Wertzeichen der Post zu verkaufen und dafür den Verkäufern einen kleinen Rabatt zu gewähren. Die Verkaufsstellen würden schon eingerichtet werden, aber von dem Rabatt, den die Post in Süddeutschland ohne Schaden trägt, will Pöddick wohl nichts wissen.

Zur Angelegenheit Gönz. Die Nachricht, daß die Hauptverhandlung gegen das Ehepaar Gönz nicht mehr in weiter Ferne liegt, hat schon jetzt eine wahre Flut schriftlicher Gesuche um Eintrittskarten zu dem Jubiläum des Schwurgerichtssaales hervorgerufen, so daß die Gerichtsschreiber schon jetzt täglich mit dergleichen Anträgen bedrängt wird. Die Hauptverhandlung steht erst in der am 26. März beginnenden Tagung des Schwurgerichtes am Landgericht I zu erwarten; sie wird voraussichtlich die für die Tagung vorgesehenen Sitzungen fast ganz ausfüllen. Wie dem Ehepaar Gönz in der Person des Rechtsanwalts Frankel, so ist der Ehefrau in der Person des Justizrats Grabower ein Verteidiger von Amts wegen gestellt worden.

Nach Vollendung des neuen Militärarresthauses in der Lehrterstraße soll das alte Militärarresthaus in der ehemaligen Garde-Küstricker-Kaserne, Ecke Ritter- und Lindenstraße, bekannt unter dem Namen „Waser Philipp“, dorthin verlegt werden. Der Rißaus bedarf ist, die alte Kaserne mit dem Arreststall zu veräußern, bis jetzt aber sind alle Verkaufsverhandlungen an der hohen Forderung gescheitert.

Zum großen Seidenwaren-Diebstahl. Zwei verschiedene Verlohnungen hat die Direction der Frankfurter Transport-Unfall-Versicherungs-Gesellschaft anlässlich des Seiden-Diebstahls in der Leipzigerstraße ausgezahlt. Für die Herbeischaffung des gesamten Gutes werden 1000 M. gezahlt, die sich indes je nach dem Wert

eines etwa zur Stelle geschafften Teils verringern. Auf die Ermittelung der Täter werden von derselben Stelle 300 M. ausgesetzt. Der Verleumdungsbauwagen, auf dem die Seidenwaren fortgeschafft wurden, wurde vor dem Hause Vintstr. 144 gesehen und schließlich abends von Arbeitern auf den Hof gebracht. Dienstmädchen hat ihn die Firma zurückgehalten. Der Kriminalpolizei liegt hier daran, daß sich Personen melden, die die Täter entweder auf dem Wege von der Einbruchsstelle nach Norden oder beim Abladen der Waare gesehen haben. Es waren zwei Personen: der größere der Einbrecher mit einem kleinen, blonden, schurkhaft und mageren Gesicht hat den Wagen geschoben; der andre war klein, unterseht, trug keinen Bart und hatte krumme Beine.

Auf frischer That ergriffen wurde am Dienstagmorgen um 4 Uhr ein Fuchshändler und Köchlein, den sein „Handwerk“ nach wenigen Tagen der Freiheit wieder hinter Schloß und Riegel gebracht hat. Ein Antscher des Speditionsvereins hatte vor dem Hause Schwarstr. 2 zum Zweck des Abladens sein Gefährt auf kurze Zeit verlassen. Diesen Augenblick benutzte der Dieb, ein früherer Hausdiener, um einen Vollen Tuch im Wert von 150 M. zu entwenden. Der Antscher merkte den Diebstahl gleich und nahm die Verfolgung des nach der Bräderstraße entkommenen Verbrechers auf. Dort lagen sie einen Mann, der ein in Sackleinwand geschlagenes Kollit trug, in die Spreestraße einbiegen. Hier ermittelten sie ihn in einer Kneipe mit weiblicher Bedienung, wo er neben dem erkrankten Paket beim Bier saß. Als die Verfolger den Inhalt des Pakets zu sehen verlangten, wollte der Dieb entweichen, wurde aber einem Schugmann überliefert. Auf dem Wege nach dem ersten Vollgelehrer versuchte er nochmals zu entkommen, indem er auf den Schugmann und die Zivilpersonen einschlug, wurde aber überwältigt und der Kriminalpolizei eingeliefert.

Abgehört ist Dienstagvormittag um 11 1/2 Uhr auf dem Neubau Maternstr. 30 der Steinträger Karl Engler aus der Rittschstraße 4. Als er mit einer Waale Mauersteine im ersten Stock trug, brach ein ansehnliches morsches Laufbrett. Schwerverletzt wurde Engler in ein Krankenhaus gebracht.

Feuerbericht. Ein großer Zimmerbrand, bei dem die Wohnungsinhaberin Brandwunden an den Händen erlitt, rief die Wehr Dienstag früh nach Subenerstraße 11. Das durch Unvorsichtigkeit entstandene Feuer hatte bei Anbruch der Wehr bereits die ganze Wohnungseinheit erfasst, so daß es eines energischen Eingreifens bedurfte, um es auf seinen Herd zu beschränken. Kurz vorher mußte Wilhelmstraße 124 in einer Werkstatt ein Brand abgelöscht werden, der die Kisten, Tische und den Fußboden einäscherte. Ein Ladensbrand verursachte Montagabend einen Alarm nach Bergmannstr. 17. Das Feuer war beim Anzünden der Gaslampen entstanden und hatte den gesamten Inhalt des Schaufensters mit solcher Schnelligkeit erfasst, daß die im Laden anwesenden Personen schnellflüchtig flüchten mußten. Ein erheblicher Teil der Warenvorräte wurde vernichtet. Ein anderer Schaufensterbrand war bald darauf Reanderstraße 38 zu besichtigen. Durch überglühendes Fett entstand Lindenstraße 23 ein kleines Schachfeuer, das von der Wehr schnell gedämpft werden konnte. Außerdem mußte Krillierstraße 38 noch ein Schachfeuer und Ballenbrand abgelöscht werden.

### Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Eine Erhöhung des laufenden Kr. in einem Stadt um 50 250 M. aus dem Dispositionsfonds fordert der Magistrat von der Stadtverordneten-Versammlung. Dieser Mehrbedarf wird unter andern begründet mit den gesteigerten Lebensmittelpreisen, namentlich mit der Steigerung der Wohnungsmieten und mit den Schwierigkeiten, mit denen die Armenverwaltung wegen des Mangels an kleinen Wohnungen fortgesetzt zu kämpfen hat. Trotz der nicht unerheblichen Steigerung, die sie im Laufe der Jahre erfahren haben, sind die Aufwendungen Charlottenburgs für die Armen- und Armenstrassenpflege, im Vergleich zu andern Städten, doch äußerst geringe zu nennen. Es ist, wie der Magistrat in der Begründung seiner Vorlage ausdrücklich betont, durchaus falsch, etwa aus dem Umstande, daß Charlottenburg nach seiner Gemeindefinanzkraft zu den reichsten Städten Deutschlands gehört, zu folgern, daß es in Bezug auf die Armenlasten eine besonders günstige Ausnahmestellung einnehmen müsse. Wenn es auch auf der Hand liegt, daß Charlottenburg hinsichtlich der Armenlasten bei weitem günstiger dasteht, wie die meisten andern Großstädte, so darf man doch nicht aus der Höhe der Durchschnittssteuerveranlagung den Wohlstand aller einzelnen Einwohner folgern. So sind z. B. im Jahre 1898/99 von den ermittelten 71 279 Einwohnern wegen eines Einkommens von weniger als 900 M. steuerfrei geblieben 40 070, d. h. nicht weniger als 56,06 Proz. Von einem Einkommen von 900 bis 1200 M. sind besteuert gewesen ferner 12 077, also 20,99 Proz. Es gehören demnach 77,02 Proz. aller Einwohnern, also mehr als drei Viertel aller selbständigen Einzelpersonen oder Familien vorstände, zu Familien, deren Einkommen weniger als 1200 Mark beträgt. Ein großer Teil von ihnen ist sicher mehr oder weniger gezwungen, bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Entbindungen, Sterbefällen usw. die Hilfe der Armenpflege in Anspruch zu nehmen.

Interessant ist dabei ein Vergleich mit Berlin. Dort sind 1898/99 von 912 472 Einwohnern 544 922, also 59,72 Proz. wegen eines Einkommens von weniger als 900 M. steuerfrei, und weitere 177 009, also 19,48 Proz. von einem Einkommen von 900—1200 M. besteuert gewesen. Die Prozentziffer sind also für beide Städte fast gleich. Während aber in Charlottenburg im Jahre 1898/99 die gesamten Aufwendungen für die Armenpflege einschließlich des nach der Zahl der Verpflegungstage berechneten Anteils an den vollen Kosten des Krankenwesens rund 518 631 M. betragen haben, haben sich nach dem Berliner Verwaltungsbericht die gleichartigen Ausgaben (unter Fortlassung der Kosten der Berliner großen Hospitäler etc.) ansehnlich sogar ohne Wüberechnung der anteiligen Kosten der städtischen Krankenhäuser, auf nicht weniger als 9 297 657,88 M. belaufen. Das heißt: Bei einer nur unwesentlich größeren Armenbevölkerung sind die Ausgaben der öffentlichen Armenpflege, auf den Kopf der Einwohnerzahl berechnet, in Berlin fast doppelt so hoch als in Charlottenburg.

Die Stadtverordneten-Versammlung in Schöneberg wählte am Montag für das Gewerbegericht als Vorsitzenden den Stadtrat Henl, als Stellvertreter die Stadtv. Bernsau und Jul. Fröhlich. Eine lange Debatte über die zweite Lesung eines Antrags hervor, der die Verzichtleistung auf ein am Victoria-Raisenplatz von der Berlinischen Vobengemeinschaft eingetauschten Grundstück fordert. Man entschied sich gegen acht Stimmen für folgende Magistratsvorlage: „Die Stadtgemeinde überläßt der Gesellschaft gegen eine Entschädigung von 82 000 Mark das tagliche Grundstück mit der Maßgabe, davon mindestens

3500 Quadratmeter dem Pette-Verein zu überweisen; die übrigen 47 000 Quadratmeter trägt die Gesellschaft; der Petteverein ist gehalten, die Bebauung innerhalb zwei Jahren zu beginnen. Kommt die Uebernahme zwischen den beiden nicht zu Stande, behält sich die Stadtverordneten-Versammlung weitere Schritte vor. — Auch die Vorlage „Beschreibung der Pariser Weltausstellung“ wurde lebhaft erörtert. Man war sich darin einig, daß diese Beschreibung für die Betreffenden große Vorteile böte, daß jedoch die dafür auszuwendende Summe (zwei Bäume je 400, fünf im Gewerbeblischen stehende Personen je 300 M.) zu klein und daß die Beträge auch zu ungleich verteilt seien. Stadtrat Rudloff erschiedigt dies damit, daß nach Ansicht der Magistratskommission die Ausgewählten von ihren Vereinen oder Gewerkschaften einen Zuschuß erhalten würden. Eine Annahme, die recht irrig ist. Stadtv. Freugebrodt wünschte die Erhöhung der Summen für die Handwerker um je 100 M. Nachdem Genosse Döbri erwidert hatte, eine öffentliche Bekanntmachung zu erlassen, in welcher die geeigneten Bürger aufgefordert werden, sich zu melden, genehmigte man die Erhöhung und stimmte ebenfalls einem Vorschlag des Vorsitzenden zu, eine gemischte Kommission zu wählen, welche die Auswahl der Personen vorzunehmen hat. Eine Anfrage des Genossen Masuch, wann das Verbot der Kinderarbeit, welches in Verlin bereits besteht, in Schöneberg zur Geltung gelange, soll in nächster Sitzung beantwortet werden.

Die Parzellierung des Florgrundstücks in Charlottenburg ist nunmehr beschlossene Sache. Nach dem schon fertigen Bebauungsplan soll das Grundstück von zwei Straßen durchschnitten werden, von der verlängerten Wilmersdorfer Straße in der Richtung nach dem Luisenplatz und von einer zweiten, von der Berliner Straße nach der Herestraße durchgehenden neuen Straße. Der Eigentümer soll erbötig sein, das 24 400 Quadratmeter = 1722 Quadratrudden große Terrain lediglich für den Wert des Grund und Bodens der Stadt zu verkaufen, während die Gebäude, das Palmenhaus und die Anlagen, deren Wert etwa eine Million beträgt, kostenlos damit übereignet werden sollen. Durch einen Ankauf dieses Teils des Florgrundstücks durch die Stadt würde das Stadtbüreau im wesentlichen erhalten bleiben. Sollte die Stadt den Ankauf ablehnen, so ist der Besitzer gezwungen, die Gebäude niederreißen zu lassen und Wohnhäuser zu errichten.

Der Teltowkanal. Rund 25 1/2 Millionen Mark sollen die Anlagelosten des Teltowkanals, wie die von der Vorparzellierungskommission aufgestellte Berechnung ergibt, betragen. In dem ersten Antrage war die Gesamtsumme auf 21 400 000 M. ermittelt, doch haben sich infolge der gestiegenen Baumaterialienpreise, sowie verschiedener Änderungen und durch Einstellung von 2 1/2 Millionen Mark Bauzinsen einzelne Posten erhöht. Von den rund 700 000 M. jährlichen Betriebs- und Unterhaltungskosten übernimmt der Kreis die Hälfte mit 350 000 M.; die andre Hälfte haben die nächstbeteiligten Gemeinden aufzubringen.

### Gerichts-Beitung.

Eine das Wesen der Verteidigung im Strafverfahren angehende Streitfrage hat kürzlich das Eingreifen des Vorstandes der Anwaltskammer notwendig gemacht. Ein nach dem Alter geschätzter Angeklagter hatte sich einen Verteidiger bestellt. Als dieser zur Terminsstunde erschien, erklärte ihm der Vorsitzende der Strafammer, die Sache sei bereits beendet. Die Strafammer habe eine halbe Stunde vor der Terminzeit den verhafteten Angeklagten befragt, ob er damit einverstanden sei, daß vor der Terminsstunde und ohne seinen Verteidiger verhandelt werde, und da die Sache bei dem Geständnisse des Angeklagten einfach gewesen, so habe die Verhandlung vorher stattgefunden, der Angeklagte sei zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. — Der Anwalt beschwerte sich über dieses Verhalten des Vorsitzenden der Strafammer bei dem Präsidenten des Landgerichts, wurde aber abschlägig beschieden, weil nicht ersichtlich sei, daß der Angeklagte von dem Vorsitzenden zu seiner Erklärung physisch beeinflusst worden sei. Der Anwalt wendete sich nunmehr an die Anwaltskammer, um im Interesse des Rechts des Verteidigers zu intervenieren. Der Vorstand der Kammer wurde infolge dessen beim Präsidenten des Kammergerichts, Wirtl. Geh. Rat Drenkmann vorstellig, dessen Bericht jetzt in den „M. f. Rechtspf.“ veröffentlicht wird. Präsident Drenkmann hat, wie daraus hervorgeht, dem vom Landgerichtspräsidenten eingenommenen Standpunkt nicht für zureichend erachtet und den letzteren ersucht, hier von dem Vorsitzenden der Strafammer Kenntnis zu geben. In dem bemerkenswerten Bescheide heißt es u. a.: Es ist grundsätzlich davon auszugehen, daß der zu den Strafakten legitimierte und deshalb zur Hauptverhandlung geladene Verteidiger in den Prozeßbeteiligten gehört und daß ein Eintreten in die Verhandlung vor der festgesetzten Terminsstunde nur statthaft ist, so bald sämtliche Prozeßbeteiligte sich hiermit einverstanden erklären. Das durch die Beschwerde angegriffene Verfahren läßt die gebotene Rücksicht auf das Genußbedürfnis des Angeklagten vermissen und kann nicht dadurch gerechtfertigt werden, daß infolge der frühzeitigen Erledigung der vor dieser Sache anberaumten Termine es wünschenswert erschien, die Strafammer nicht einige Zeit hindurch unbefähigt zu lassen. Der an sich nicht unbedeutende Wunsch von einem ununterbrochenen Fortlaufen der Verhandlungen mußte gegenüber dem Interesse des Angeklagten, der im Vertrauen auf den Bestand eines Vertreters zur Hauptverhandlung erschienen war, unbedingt zurücktreten.

Der Streit um die Waare. Angenehme Gäste befanden sich am Nachmittag des 19. Dezember vor. J. in der Gröbenwieschen Schankwirtschaft in der Thiersstraße. Der Keller und Kellner Max Krone war soeben aus dem Gefängnis herausgelassen. In dem erwähnten Lokal traf er seine Braut, die unter Aufsicht stehende uneheliche Schulz und erfuhr von ihr, daß sie sich Tags zuvor mit dem ebenfalls im Lokal anwesenden Schlichter Erland verlobt hatte. Die Schulz trug auch als Beweis einen goldenen Ring, Krone war mit dieser Verbindung wenig einverstanden. Es kam zwischen den drei beteiligten Personen zu einer lebhaften Auseinandersetzung, die damit endete, daß die Schulz den Ring wieder abgab und ihn dem Krause ausbandigte. Nun wollte Erland den Ring, den er der Schulz gekauft, wieder zurück haben. Während er hierüber mit Krone verhandelte, zog dieser plötzlich einen Revolver hervor und feuerte in rascher Aufeinanderfolge vier Schüsse auf Erland ab, zum Glück ohne zu treffen. Krone stand gestern unter der Anklage der Bedrohung vor der zweiten Strafammer des Landgerichts I. Er gab an, daß er sich in einem Zustande so hochgradiger Erregung befunden habe, daß ihm jede Bestimmung geraucht worden sei. Er könne sich der ganzen Geschichte nur dunkel entsinnen. Verschiedene Zeugen bekundeten auch Thatsachen, welche darauf schließen ließen, daß es bei dem Angeklagten nicht richtig im Kopfe sei. Als die Zeugin Schulz vernommen wurde, wurde der Angeklagte von einem plötzlichen Wutanfall befallen. Er ergriff

einen der vor ihm für die Verteidiger bestimmten Stühle, hob ihn hoch und machte Miene, ihn gegen die Zeugin zu schleudern. Die Gerichtsbühnen verhinderten die Ausführung. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft soll der Angeklagte auf seinen Gefängnisunterkunft werden. Auf dem Korridor hatten die Wachen wiederum Miene, den Wütenden, der sich auf die frühere Waare stützen wollte, zurückzuhalten.

Wahlpflicht in Preußen. Die Stadtgemeinde Walsrode in Hannover hat ein Lokalsstatut erlassen, durch welches die Bürger, die den Bürgervereinen (Stadtverordneten) wählen fernbleiben, mit Strafe bedroht werden. Der Bürger H. war trotz erfolgter Bekanntmachung nicht zur Wahl von vier Stadtverordneten gegangen und deshalb mit einer Geldstrafe bedacht worden. Er klagte darauf im Verwaltungs-Streitverfahren und machte geltend, jenes Lokalsstatut sei ungültig, denn im Königreich Preußen gebe es keine Wahlpflicht mehr. Der Kreisoberschöffe wies aber die Klage ab und der Bezirksoberschöffe erkannte im selben Sinne, indem er ansführte, jenes Lokalsstatut sei nach den Bestimmungen, die für Hannover gelten, rechtsgültig. Das Ober-Verwaltungsgericht als Revisionsinstanz bestätigte diese Entscheidung.

### Vermischtes.

Eisenbahnunglück. Der Personenzug der Zekatarinenbahn sah in der Nähe des Bahnhofs Rostow mit dem Manövrierezug der Wladikawodskaja zusammen. Beide Lokomotiven und acht Waggons wurden zertrümmert. Sieben Passagiere blieben tot, vier wurden schwer verwundet.

Ueber ein seltsames Dynamit-Attentat wird berichtet: In Trodenberg (Schlesien) war ein Bergarbeiter eben mit Dynamit versehene Dynamitpatrone in die Schächel, weil das Mittagsessen noch nicht ganz fertig war. Es erfolgte eine heftige Explosion, wobei Frau und Kinder des Bergmanns fürchtbar zu gerichtet wurden. Der Täter ist verhaftet.

Drei Opfer des Schneesurms. Aus Labischin (Posen) wird gemeldet, daß zwei Brüder Felicitus und Schlochau und der Briefträger Post bei dem jüngsten Schneesturm ihren Tod fanden.

Schiffbruch. Aus London wird am Dienstag berichtet: Heute früh wurde westlich von Craigleith in der Nähe von North Berwick im Firth of North ein Dreimaster mit dem Ziel nach oben angefangen. Am Meer lag ein Brett mit der Aufschrift „Thalia-Bindan“. Man befürchtet, daß die ganze Mannschaft umgekommen ist.

Ueberschwemmungen in Spanien. Die durch plötzlich einsetzenden Südwind und gewaltige Regengüsse in ungewöhnlichem Maß beschleunigte Schneeschmelze hat in nördlichen Spanien selbst keine kleine in reichende Ströme verwandelt. Namentlich hat das Flußgebiet des Duero darunter gelitten, und zwar in seiner ganzen Ausdehnung von Sorio bis zur Mündung, vor allem aber die Gegend bei Valladolid und die Provinz Zamora, da, wo bei Venaventa Cebigo und Olla zusammen kommen. Der Ort Sacilla de Palencia ist sogar vom Erdboden weggeschwemmt, und auch anderwärts sind zahlreiche Häuser eingestürzt und die Ernten vernichtet.

### Marktpreise von Berlin am 19. Februar 1900

nach Umrechnungen des hl. Reichspräsidenten		1 kg		60 Pfund		1 Hektol	
* Weizen	15,50	14	Schwefelöl	1,60	1,10		
* Roggen	14,20	13,80	Rothöl	1,60	1,10		
* Futterweizen	13,90	13	Gewinnöl	1,60	1,10		
* Hafer gut	15	14,20	Butter	2,00	2		
* mittel	14,10	13,40	Öl	8	8		
* gering	13,90	12,60	Harzen	1,20	1,20		
* Rüböl	5	4,50	Kohle	2,80	1,40		
* Senf	7,50	4,80	Rander	2,50	1,20		
* Pfeffer	46	25	Weste	2	1		
* Zuckerkaffee	46	25	Barische	1,60	0,80		
* Kakao	70	30	Schokolade	2,80	1,20		
* Kaffeebohnen	7	4,50	Alte	1,40	0,80		
* Rindfleisch, Rente 1 kg	1,00	1,20	Kredite	12	8		
do. Wurst	1,20	0,90					

\* Gemischt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern — Kationensätze — und ungerändert vom Polizeipräsidenten für den Doppelcentner. \* Reinkrautpreise.

Produktenmarkt vom 20. Februar. Der Getreidemarkt behauptete feste Haltung. Frankreich meldet festere Weizenpreise, und auch in Nordamerika schlossen die Getreidewerke mit weniger seltenem Beginn mit erhöhten Notierungen auf geringes Angebot bei abnehmenden Beständen in New York. Die schwebende Wirkung dieser Momente ließ auf dem hiesigen Platze nicht ohne Einfluß. Es wurden vielfach Deckungen und Neu-läufe vorgenommen, und die Preise zogen bei harter Durchführung der Klänge trotz reichlichen Zulandangebots für Weizen um 0,75, für Roggen bis 1 Mark an. Den Getreidemarkt in Ostpreußen hält man wegen mangelhafter Schwebende für gefährdet. Daher lag der ruhigen Weizen 0,50 M. höher gehalten auf fortbauende Maispreise in Nordamerika. Rindfleisch lag still.

Am Spiritusmarkt wurden 25 000 Liter 70er loco mit 47,20 M. (unverändert) gehandelt.

### Briefkasten der Redaktion.

Die inoffizielle Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

N. R. 1900. Auf Ihre Entschuldigungsverordnung müssen Sie sich das inoffizielle Verzeichnis anrechnen lassen. — N. R. 63. 1. Ja. 2. Nein, es sei denn, Sie haben die Waare für sich verwendet. — Thomas 24. 1. Der Vater ist pflichterfüllend. 2. Dann würden Sie und Ihre Schwägerinnen erben. 3. Ja. 4. Sie können keinen ein mehrwertiges Testament eigenhändig machen. Bei gerichtlicher Aufnahme betragen die Kosten in Ihrem Fall circa 20 M. — 215. Sie sind zur Zahlung der Kosten verpflichtet. — Gew. Ger. Ja. — N. R. 9. Schönhauser Allee. 1. und 2. Ja. — N. R. 267. Wenn mindestens 200 Mark für Sie gestellt sind und Sie unalbe sind, so haben Sie Anspruch auf Anwaltskosten. — O. C. 23. An die Kreis-Erbschaftskommission. — N. R. 306. Ueber Erbe hat ein Recht auf seinen Anteil. — O. W. 21. 1. und 2. Werden Sie sich an die Kreis-Erbschaftskommission. 2. Auf die Hälfte. — 100 an J. Werden Sie sich wiederholt an die Versicherungskasse. Ihnen steht zweifelslos ein Anspruch auf Invalidenrente zu, wenn wenigstens 200 Mark für Sie gestellt sind. — N. 48. Nein. — N. Ja. — N. 87. 1. Nein. 2. Nein, er kann herabgabe der Rente nur gegen Zurückzahlung eines Teils, etwa 150 M., verlangen. 3. Für den Verkaufswert. 4. Er kann nur das nehmen, was jeder Wähler nehmen kann, also nicht die der Bindung entzogenen Gegenstände. — N. 3. 12. Nach Ihres Schilderung ist die Kasse im Recht. — Alimente. 1. Die Klage des Vorklägers wäre abzuweisen. 2. Beantworten Sie beim Gericht Bindung des Gehalts des Vollzählers wegen Alimente Jores Wändels. — O. R. 78. Unterfertigte Bruchanlagen. — J. D. 1. Ja. 2. Sie können klagen. 3. Die Kosten trägt der unterliegende Teil, das wäre mit Rücksicht auf die Verjährung in Ihrem Fall schwerlich der Käufer. — N. 3. 100. Nein. — O. R. 33. Wollf. 7. Sprechen Sie mit den etwaigen Bescheiden und den blauen Wollfäden in der juristischen Sprechstunde vor. — N. W. 7. 1. Nein. 2. Ja, beim dortigen Gericht. — N. 3. Wer über 1150 M. Jahres-Arbeitsverdienst im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes hat,

# Tuch-Reste

die in unsrer Fabrik täglich entstehen, geben, um damit zu räumen, spottbillig ab. Muster davon sofort franco.

## Lehmann & Assmy

### Tuchfabrik, Spremberg L.

Einziges Tuchfabrik Deutschlands, die Ihre Fabrik direkt an Privatkunde versendet.

Schneidormeister, welche gern bereit sind, Anzüge anzufertigen, ohne dass der Stoff von denselben entnommen wird, weisen an jedem größeren Platze nach.



Wir haben unsre Verkaufs- und Fabrikräume von Königstrasse 22 nach

# Königstrasse 46

verlegt.

## Eröffnung am 21. dieses Monats.

Zur gefälligen Besichtigung unsrer neuen Betriebsräume ladet ergebenst ein

### Goldwaren-Industrie Belmonte & Cie.

**van Houtens Cacao**  
 1/2 Kilo genügt für 100 Tassen

Ein Versuch überzeugt, dass Van Houtens Cacao für den täglichen Gebrauch allen anderen Getränken vorzuziehen ist. Er ist nahrhaft, nervenstärkend, wohlschmeckend, leicht verdaulich und stets schnell bereitet. Van Houtens Cacao wird nur in den bekannten Blechbüchsen, niemals lose verkauft, da bei lose ausgewogenem Cacao nichts für die gute Qualität bürgt.

Telefonnummer: Amt IV. 447.

**Einsegnungs-Anzüge 12-27 M.**  
 Schneidemeister.  
**M. Schulmeister, Dresdenstr. 4 Gottb. Th.**  
 Streng feste Preise.

Bitte genau auf die Firma zu achten.

**Zahnärztliches Institut, Alexanderplatz 1 (Haus Aschinger).**  
 Zähne 2 R. Plomb. v. 1,50 R. Zahnziehen 75 Pf. Teilzahlung. Sprechst. 8-6.

**Brauerei Germania Aktienges.**  
 in ca. 70 eigenen Lokalen

**Bockbier** 4/10 Liter 10 Pf.  
 1/8 Tonne 3,50. 1 Flasche 4/10 Liter 10 Pf.  
 15 Flaschen 4/10 Liter 1,50  
 frei Haus.  
 3631L\* • Telephon VII 2645. •

Frühstücks-Suppen  
 Gemüse- und Kraftsuppen  
 Bouillon-Kapseln  
 Suppen-Würze

**MAGGI** Teilzahlung monatlich 10 R.  
 liefert elegante Herrengarderobe u. Rob. Tomporowski, Schneiderstr. 16, II, an der Künsterstr. (Auch bar Rassa billige Preise.)

stets vorrätig bei **A. Strinemann, O., Rigaerstr. 3.**

**ZAHNSCHMERZ** hohler Zähne beseitigt sofort  
**KROPP'S Zahnwolle**  
 20% Carvacrolwolle in plomb. Flasche 4 50 S. zu haben in allen Drogerien. Nimmt keine Nachahmungen!

**Hans Kayser**  
 36602\*  
 Gührer Bahnhof, Platz 6.  
 Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

**Dr. Simmel** Moritzplatz, Haus v. Aschinger  
 Spezialarzt f. Haut- u. Geschlechtskr.  
 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Jedes **5 Pfennig.** Wort: **5** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**

**Entgehendes Material.** Obst- und Gemüsegeschäft krankheitshalber sofort zu verkaufen. Kaufamt erteilt 3. Reut. Barnimstr. 42. [452]

**Wästel.** nur 12 Mark, an der Hauptstr. von Birkenwerder nach Bergfelde gezogen, verkauft Bloßfeld, Quittenstr. 21. [463]

**Elegante** vorjährige Herrenhosen, feine Stoffe 9-12 Mark. Bertoni Sonnabend und Sonntag. Berandhaus Germania, Unter den Linden 21 II. [418]

**Möbel.** bar und Teilzahlung. Billig. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Köpenickerstr. [2672]

**Ruhbaumöbel.** ganze Wirtschaft, auch einzeln, spottbillig. Köpenickerstr. 38, vorn II. rechts. [62K]

**Betten.** Steppdecken, Gardinen, Kleidungsstücke spottbillig. Pfandleiche Reanderstr. 6. [5/11]

**Teppiche.** Regulatoren, Remontieruhren spottbillig Pfandleiche Reanderstr. 6. [7118]

**Teppiche** mit Gardenschirmen, Fabriklager Große Frankfurterstr. 9, parterre. [7118]

**Damenbüsten.** Schreibstühle haben Tisch, Regale, Nähmaschinen, Wiegenschalen spottbillig. Döll, Weinbergsweg 13b. [20896]

**Fahrräder.** zu kolossal billigen Preisen, auch Teilzahlung, Fabrik Drömmelstr. 33. [59K]

**Fahrräder.** Teilzahlung, mächtige Anzahlung. Lager, vierhundert Fahrräder, einjährige Garantie, liefern direkt Privaten. Imperial-Fahrradwerke, Tiefenbachstr. 33. [562]

**Nähmaschinen.** Alle Sorten ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, Postkarte. Fechner, Quittenstr. 26. [463]

**Nähmaschinen** beider Systeme, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, fünfjährige Garantie, schnellste Lieferung, Postkarte genügt. Landsberger, Landsbergerstr. 35. [25026]

**Kanarienhähne.** kräftige Buchweibchen, oder Stamm, verkauft billig Wilms, Casperstr. 20, vorn II. [7]

**Steppdecken** am billigsten Fabrik Preise Frankfurterstr. 9, parterre.

**Garderoben** etc., welche nicht abgeholt, werden billig verkauft. Händel, Weidenstr. Langhausstr. 4. [782]

**Eisenmaschine,** gebrauchte, kauft David Riese, Jägerstr. 25. [25006]

**Grüntenngeschäft,** viel Kohlen, ungar, Miets 45 Mark, sofort verkauflich. Brandenburgerstr. 6. [7118]

**Vermischte Anzeigen.**

**Unfallsachen.** Magen, Eingaben, Puffer, Sieglstr. 65. [49K]

**Kugelhobd.** Köpferstr. 60. [332]

**Bäder** jeder Art für sämtliche Krankengeschäft. [81/3]

**Buchbinder-Arbeit** jeder Art fertig Ferdinand Kleinert, W. Wilmsstr. 34, 2. Hof parterre. [29876]

**Möbel, Bürostühle,** kauft Möbelgeschäft Kullamerstr. 20. [332]

**Bereinszimmer** mit Piano Quandt, Belle-Alliancestr. 74 a. [3K]

**Bereinszimmer** mit Piano noch einige Tage in der Woche zu vergeben, auch Sonntag. Dausch, Stepanstr. 31. [7136]

**Bereinszimmer** empfiehlt Herr. Alte Jakobstr. 119. [288K]

**Stiermilch** nehme ich die Heilwirkung gegen die Schwangerschafts-Erkrankung, wohnhaft Rainerstr. zurück. Verle.

**Wästel-Kopfhüte** billig Koppenstr. 34, K. Tobolt. Mit diesem Auschnitt 10 Prozent Rabatt. [25076]

**Vermietungen.**

**Schlafstellen.**

**Möblierte** Schlafstelle für zwei Herrn gesucht. Offerten und Preis unter H. R. 100 Postamt 19. [25126]

**Möblierte** Schlafstelle, Herr. Kullamerstr. 20, vorn IV links. [25156]

**Arbeitsmarkt.**

**Stellenangebote.**

**Dirigent** für Mittwoch sucht Gelangereim „Freie Sänger“, Rixdorf, Hermannstr. 109, Restaurant Kramer. [7143]

**Tüchtige** Barbiermacher bei hohem Lohn verlangt G. Joris, Stalinerstr. 28. [7107]

**Tüchtige** Weingrundbesitzer verlangt Deutsch u. Lachmann, Büdingenstr. 4.

**Kocharbeiterin** außer dem Hause verlangt Gräffstr. 70, Seitenflügel IV rechts. [25066]

**Gentle** Belegerin auf Goldbleiben gesucht. Segnerstr. 15. [7107]

**Tüchtige** Belegerin per sofort verlangt Goldbleibenfabrik Alexandrinenstr. 25. [25116]

**Arbeiterinnen** auf Damenjackets, in und auherm Hause, verlangt Heilmann, Ghorinerstr. 34. [25136]

**Im Arbeitsmarkt** durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

**Eine** Werkzeug- u. Maschinenfabrik sucht einen **energischen Revisor**, der mit Präzisions-Werkstoffabrikation und allen in dies Fach einschlagenden Arbeiten völlig vertraut ist, zu möglichst baldigem Eintritt. - Offerten unter U. 2 an die Exped. d. Bl. [27692]

**Weberinnen-Gesuch.**  
 Für unsere Tricot-Fabrik in Lübben R.-L. werden Mädchen über 16 Jahr zur Bedienung von Rundspindeln bei dauernder Arbeit gesucht. Für die Bezahlung von 6 Wochen wird fester Wochenlohn vergütet. Zu melden bei Leonhard Sprick & Co., Kaufhaus Spittelmarkt 6/7 oder Lübben R.-L.

**Wamiell's Grün, Jerusalemstr. 23.** [24066]

**100** Schneider auf Mäntel, Sarco's und Joppen sofort gegen hohen Lohn gesucht. [25166]  
 Gottschalk Sohn, Kurstr. 15.

**Möbelpolierer!**  
 Seit dem 4. Dezember sind die Kollegen bei Labrenz, Rixdorf, Rueselstr. im Ausstand. Junge fernzubalten bitten. [145/6]  
 Der Vorstand des Verbands.

**Wachtung! Drechsler!**  
 Von d. Maschinenfabrikanten von Gabbit u. Comp., Giffordstr. 29 Goldschmidt u. Comp., Ritterstr. 40 Kassel u. Fleischer, Brüderstr. 7, 12  
**Junge fernzubalten.**  
 Die Ortsverwaltung.

**Achtung, Möbeltischler Rixdorf.**  
 In der Tischlerei von Maus & Kunow, Steinwegstr. 39, und Willers, Rueselstr. 39, haben wegen Nichtbewilligung des Tarifs sämtliche Kollegen die Arbeit niedergelegt! Junge fernhalten! [79/4]  
 Die Ortsverwaltung.